Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Julihälfte 10 000.— Mk. Einzelverkaufspr. 900 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 1600.— Mark, auswärtige 1800.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1200 Mk., für Reklamen 6000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 158. Dienstag, 10. Juli 1923. 30. Jahrgang.

Das Urteil im Münchner Hochverratsprozeß.

SPD. München, 9. Juli. (Eig. Drahtber.)

Das Urteil in dem Münchener Hochverratsprozeß lautete gegen Fuchs wegen versuchten Verbrechens des Hochverrats auf zwölf Jahre Zuchthaus, 2 Millionen Mark Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust. Munk wurde wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen zu 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 30 Millionen Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe, die sofort angetreten werden soll, wird seine Ausweisung aus dem Gebiet des Reiches erfolgen. Die Kosten des Verfahrens haben Fuchs und Munk zu tragen. — Die übrigen Beteiligten, darunter der wegen des Verdachts an der Ermordung des Studenten Baur verhaftete Angeklagte Berger, werden freigesprochen.

*

Die Persönlichkeit des Fuchs würdigt das Gericht mit folgendem zusammenfassendem Urteil: Fuchs ist ein schwacher, ehrgeiziger, ruhmsüchtiger und eitler Charakter, der in seiner Eitelkeit skrupellos ist. Anfänglich unter dem Eindruck nicht ermittelter separatistischer Kreise stehend, infolge systematischer Verführung durch Richert, ist Fuchs von Stufe zu Stufe gesunken. Seinen ganzen Verkehr mit den Franzosen hüllt er in ein dichtes Lügengewebe. Diese Lügenatmosphäre hat nichts zu tun mit seinem bewußten und krankhaften Hang zur Unwahrheit, Fuchs ist in Wahrheit kein Phantast, sondern ein **zielbewußter, skrupelloser, politischer Heuchler und Betrüger.**

Ueber Dr. Kühle sagt das Gericht u. a.: Kühle ist ein ausgesprochener zielbewußter fanatischer Separatist, dem das große deutsche Vaterland gleichgültig ist. Als politisch und wirtschaftlich erfahrener Mann wußte Kühle, daß es eine sogenannte vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich in Wahrheit nicht gibt, und daß also die von ihm angestrebte Trennung wohl überlegt und planmäßig eine Zerschlagung und Vernichtung der nationalen Einheit des deutschen Volkes bedeutet. Charakteristisch für Kühle ist sein Ausspruch: Ein Franzose ist mir hinten lieber als ein Preuße vorn. Kühle war moralisch und strafrechtlich ein Hochverräter am deutschen Vaterland. Kühle hat vielleicht in geistiger Verwirrung Hand an sich gelegt, aber den ehrlosen Hochverrat am deutschen Vaterland hat er in voller geistiger Gesundheit und in voller moralischer und strafrechtlicher Verantwortlichkeit verübt.

In dem Gesamturteil über Machhaus heißt es: Machhaus ist ein durch den Druck des Versailler Vertrages Entwurzelter. Er sank zu einer nichtswürdigen Existenz herab. Aus einem Franzosenhasser wurde er ein bezahltes Werkzeug des Richert. Als echter Judas Ischariot ist Machhaus mit einer Lüge in den freiwilligen Tod gegangen, den er der Brandmarkung und Schande im Gerichtssaal vorgezogen hat.

An die Charakteristik der Angeklagten schließt das Gericht den eingehenden Nachweis, daß das hochverräterische Unternehmen in hochoffiziösem Auftrage der französischen Regierung erfolgt ist mit dem Zweck einer gewaltsamen Beseitigung der bayrischen Staatsverfassung und dabei der **Errichtung einer Freischaren-Diktatur, Loslösung Bayerns vom Deutschen Reich** und Schaffung eines französischen Vasallenstaates und damit letzten Endes die Zertrümmerung des Reiches. Von besonderem Interesse sind die Feststellungen, die das Gericht macht für die Zeit vom März 1921 bis Juli 1922, wo der Verkehr des Fuchs mit Richert sich zwar nicht als hochverräterisch nachweisen läßt, dem Gericht aber als solcher sehr verdächtig ist. In diese Zeit fallen die beiden Reisen des Fuchs nach Paris, einmal im Herbst 1921 wegen Gründung der Handelsgesellschaft Austro-Bavaria (private Reparationslieferungen nach Frankreich) und dann im Frühjahr 1922 zu Loucheur, den anderen hochoffiziösen Persönlichkeiten, wo ganz zweifellos hochpolitische separatistische Pläne besprochen wurden. Hier spielt der ehemalige Kronprinz Rupprecht hinein und dazu glaubt das Gericht folgende Feststellungen machen zu müssen: „Nach der vollen Ueberzeugung des Gerichts ist der unumstößliche Beweis dafür erbracht, daß der frühere Kronprinz Rupprecht von der offiziösen Sendung Richerts zu ihm nichts wußte, und daß er also an diesem gesamten verdächtigen Tatsachenkomplex völlig unschuldig ist. Das Gericht hat diese Frage besonders sorgfältig (?) geprüft und hat einmütig diese Ueberzeugung gewonnen. Rupprecht war somit an der Angelegenheit nicht beteiligt, seine Reichstreue und Ablehnung jedes Putsches stehen außer allem Zweifel. Es ist aber sehr zu erwägen, ob nicht irgend welche bayrischen oder österreichischen Kreise die damalige Reise des Fuchs inspiriert haben und ebenso seinen späteren Versuch, Richert dem Kronprinzen Rupprecht zuzuführen. In die Vorbereitungszeit des Hochverrats fällt auch der politische Verkehr des Fuchs mit dem Polizeipräsident Pöhner. Auch von ihm sagt das Urteil, daß seine Reichstreue außer allem Zweifel stehe und daß der Besuch Richerts bei Pöhner dem Fuchs die Ueberzeugung beigebracht haben mußte, daß Pöhner für eine Donau-Föderation nicht zu gewinnen war.

*

Die Begründung des Urteils erweist sich also als eine sonderbare Verteidigung der im Verlauf des Prozesses kompromittierten bayrischen Persönlichkeiten. In Wirklichkeit hat das Gericht vorsichtig vermieden, auf eine Untersuchung der Beteiligung des Kronprinzen Rupprecht und anderer Männer an dem Hochverrat einzugehen.

Englische Zukunftspolitik.

Vor wenigen Tagen habe maßgebende französische Politiker Reden über die politische Lage gehalten. Diese Ausführungen, die sich zum Teil scharf gegen England richteten, benutzten zwei Minister des Kabinetts Baldwin am Sonntag zu Entgegnungen auf die Angriffe und einem Hinweis auf die von der englischen Regierung für die nächsten Wochen in Aussicht genommene Politik. Es kann kaum Zweifel darüber bestehen, daß diese Reden in Uebereinstimmung mit dem verantwortlichen Leiter der englischen Politik gemacht wurden. Aus ihnen ergibt sich, daß die englische Regierung auch trotz aller Enttäuschungen und der Intransigenz Frankreichs nicht an eine Sonderaktion in dem Sinne denkt, wie sie vor ungefähr acht Tagen von einem Teil der englischen Presse umschrieben wurde. England geht bei seiner Einstellung, wie wir immer betont haben, in erster Linie von der Sicherung eigener Interessen aus und gedenkt, gegen die Regierung Poincare ausschließlich mit moralischen Mitteln so den Kampf zu führen, daß die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Frankreich nach wie vor möglich ist. Diese Stellungnahme wird diktiert durch die Notwendigkeit der Bündnispolitik, andererseits aber auch durch die Gefährdung des englischen Handels und die Bestrebungen der französischen Vormachtstellung in Europa, in deren Verwirklichung England eine starke Hemmung seiner zukünftigen Entwicklung sieht. Die Zerrüttung der deutschen Reichseinheit, zu der die endlose Fortführung des Ruhrkampfes schließlich führen kann, muß Frankreichs Stellung auf dem Kontinent sehr stärken. Schon heute ist unter seiner Protektion um Deutschland ein Ring der Kleinstaaten gelegt, die ausschließlich von Frankreich abhängig sind. Die Fortsetzung und endgültige Durchführung dieser Politik müßte England bald in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich bringen.

Also nicht unserer schönen Augen wegen, sondern ausschließlich im eigenen Interesse sucht England mit moralischen Mitteln sich der Politik Poincares entgegenzustellen. Es ist nicht abzustreiten, daß sich diese Politik vielleicht einmal zugunsten Deutschlands auswirken könnte. Die Frage bleibt nur: wann kann das möglich werden? Aus guten Gründen hat der Führer der englischen Arbeiterschaft, der kluge Macdonald, vor wenigen Tagen im Unterhaus den Ministerpräsidenten gefragt, ob er sich darüber klar ist, daß der Erfolg seiner Außenpolitik die von der Arbeiterpartei im wesentlichen unterstützt und gedeckt wird, von der Ausdauer des deutschen Volkes im passiven Widerstand abhängig ist. Tatsächlich ist die Ausdauer in diesem Kampf an der Ruhr der ausschlaggebende Faktor. Die Mittel aber, die die englische Regierung zu ergreifen gedenkt, um ihre Politik durchzusetzen und die zweifellos die einzigen sind, die sie besitzt, sprechen kaum dafür, daß sie sich in einer Zeit auswirken, in der unserem Volk an der Ruhr noch die Möglichkeit zu einer passiven Abwehr gegeben ist. England will die Lösung des Ruhrkonflikts dem Völkerbund anvertrauen. Entweder hier oder vor dem Haager Schiedsgericht soll die Frage aufgerollt werden, ob die ausschließlich durch Frankreich und Belgien erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes mit dem Versailler Vertrag vereinbar ist und ob das deutsche Staatseigentum nur von den alliierten Mächten gemeinsam als Pfand sichergestellt werden darf. So will man den Versuch machen, Frankreich vor der ganzen Welt ins Unrecht zu setzen. Wir haben keinen Anlaß, uns gegen eine Erledigung der Ruhrkatastrophe vor dem Völkerbund zu wehren, sobald dieser Völkerbund so reorganisiert ist, daß wir Vertrauen zu ihm haben und Deutschland ihm als gleichberechtigtes Mitglied angehört. Die englischen Bestrebungen laufen auf eine Reorganisation hinaus und zielen weiter darauf ab, Deutschland in den Bund aufzunehmen. Aber selbst wenn die Reorganisation durchgeführt ist und wir am grünen Tisch des Völkerbundrates vertreten sind, und selbst wenn es gelingen sollte, die schwebenden Fragen dem Forum dieses Bundes zu unterbreiten, wird noch viel Wasser den Rhein herunterfließen, ehe die entscheidenden Punkte einer Lösung entgegensehen. Frankreich dürfte, nach der Vergangenheit und Gegenwart zu urteilen, auch am grünen Tisch in Genf obstruieren, wie es jetzt alle gegebenen Mittel benutzt, um die Auseinandersetzungen innerhalb der Entente zu sabotieren. Im übrigen aber zeigen doch die Behandlung des Papstbriefes und die der späteren Telegramme des Papstes durch Poincare und die Kammer, daß sie vorläufig den gegen sie geführten und mit verstärkten Mitteln beabsichtigten moralischen Kampf vorläufig bitter wenig fürchten. Immerhin spricht das nicht dafür, daß sich bei einer geschickten Leitung des Kampfes eines Tages nicht doch einmal eine Auswirkung zeigen muß. So wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, kann das aber noch viele Monate auf sich warten lassen. Deshalb haben wir auch allen Anlaß zu der Befürchtung, daß die Auswirkungen der englischen Politik erst dann eintreten, wenn die Ausdauer der deutschen Bevölkerung im passiven Widerstand durch die Maßnahmen der französisch-belgischen Besatzung zum endgültigen Zusammenbruch verurteilt sind.

Die französische Regierung hat frühzeitig erkannt, worauf die englische Politik hinausläuft. Ihr konnte gerade deshalb nichts angenehmer sein, als das Attentat auf der Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke, das zur völligen Verkehrssperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet führte, die Zermürbung unserer Bevölkerung fortsetzte und Frankreichs Aussichten auf den endgültigen Zusammenbruch verstärkte. Auch der letzte Schritt des französischen und belgischen Botschafters in Berlin bedeutet sicherlich nichts anderes als die Suche nach einem neuen Anlaß zu Sanktionen. Schon deshalb sollte die Regierung sich der geforderten

Reichsregierung und Sabotage.

In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit der preußischen Staatsregierung, die am Donnerstag nachmittag in der Reichskanzlei stattfand, waren auch die Sabotageakte Gegenstand der Erörterungen. Es bestand, wie wir erfahren, volle Einmütigkeit in der Ablehnung und Verurteilung der unsinnigen Dynamitsabotage, die nicht nur die Abfuhr von Kohle und Koks unterbindet, sondern durch die folgenden Repressalien nur geeignet sind, den Widerstand der Bevölkerung zu zermürben und ängstliche Gemüter den Franzosen in die Arme zu treiben. Gegen die Mitglieder sogenannter Sprengkolonnen, die in den letzten Wochen am Rand des besetzten Gebietes angetroffen sind und die sich anschickten, auf eigene Faust — ohne auf die Interessen und die Willensmeinung der Bevölkerung des besetzten Gebietes Rücksicht zu nehmen — den passiven Widerstand in Gewalttaten umzubiegen, wird nach wie vor mit aller Entschiedenheit eingeschritten.

*

Neuer franko-belgischer Schritt angekündigt.

Brüssel, 9. Juli.

Am Sonnabend nachmittag ist folgende offizielle Note veröffentlicht worden: Die belgische Regierung hat beschlossen, einen ernsthaften Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen, damit diese strenge Maßnahmen ergreife und sich den Untersuchungen der belgischen und französischen Regierung anschließe, um die Urheber des Attentats von Duisburg zu bestrafen. Wenn die deutsche Regierung sich weigern würde, in dieser Angelegenheit den Beweis des nötigen guten Willens abzulegen, dann würden die belgische und französische Regierung über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten.

Die Lebensmittellage im Ruhrgebiet

hat — nach einer SPD.-Meldung aus Essen — im allgemeinen bisher noch nicht Veranlassung zu Beunruhigungen gegeben. Getreide und Mehl insbesondere ist bis auf Wochen hinaus in ausreichenden Mengen vorhanden. Dagegen sind Hülsenfrüchte und Teigwaren infolge der großen Hamsterkäufe unmittelbar nach der Grenzsperre, und wahrscheinlich, weil die Besatzungstruppen große Mengen unter der Hand aufgekauft haben, sehr knapp geworden. In einzelnen Orten ist es unmöglich, solche Artikel zu kaufen. Das Heranbringen der Lebensmittel aus dem unbesetzten Gebiete ist nunmehr, da die Besatzungstruppen eine Reihe von Eisenbahnlinien zum Lebensmittelverkehr über die Grenze freigegeben haben, etwas erleichtert. Immerhin ist für die großen Städte, die im Herzen des Ruhrgebiets liegen und die aus den sehr weit entfernten Grenzstationen die Lebensmitteltransporte auf der Landstraße entlang fahren müssen, die Versorgung mit gewissen Arten der Lebensmittel außerordentlich schwierig. In diesen heißen Tagen z. B. sind auf der Landstraße außerordentlich viel Schlachttiere unter der Sonnenglut auf dem langen Anmarsch zusammengebrochen. Noch schlimmer als mit der Versorgung mit frischem Fleisch sind die Städte in der Versorgung mit frischer Milch gestellt. Die Milch muß in dieser ungemein heißen Zeit auf offenen Wagen 40—50 Kilometer weit herangefahren werden und ist bis auf ganz geringe Mengen verdorben und zur Ernährung, namentlich der Säuglinge, nicht mehr geeignet.

Das Dementi der Reichswehr.

SPD. Breslau, 9. Juli. (Eig. Drahtb.).

Vor wenigen Tagen veröffentlichte das Reichswehrministerium ein Dementi, das bekannte schlesische Reichswehroffiziere von dem Vorwurf entlasten will, illoyale Selbstschutzorganisationen unterstützt zu haben, die dann in den schlesischen Landarbeiterstreik eingegriffen haben. Unser Breslauer Parteiblatt schreibt zu dieser Irreführung: „Wenn die Reichswehr den Tatbestand, ihre Beziehungen zu innerpolitischen Reaktionären so naiv ableugnen zu können glaubt, beginnen wir zu verstehen, warum sie auch im Ausland zum Schaden Deutschlands so wenig Vertrauen findet. Wir erklären die Behauptung des Reichswehrministeriums für eine bewußte Irreführung. Wir bitten, uns nur wegen Beleidigung zu verklagen und wir werden dann vor Gericht beweisen, daß Herr v. Winterfeld Führer des Oderschutzes war und Borgatsch-Bonstedt und Budde diese angebliche Polenabwehr unterstützten, die sich dann als Arbeitgeberschutz gegen die Landarbeiter enthüllte.

Genugtuung über die Sabotageakte bald entledigen und jede Prestigepolitik vermeiden. Wir haben Grund genug, jeden Anschein zu vermeiden, der Frankreich vor der Welt ins Recht setzen könnte, ganz abgesehen davon, daß uns bisher nicht die geringste Genugtuung für die Missetaten der Besatzungstruppen zuteil geworden ist. Vor allen Dingen Herr Cuno, der von England im Gegensatz zu uns alles Heil erwartet, müßte darauf bedacht sein, indirekt auch die englische Politik zu stärken.

Was wird England tun?

EE. London, 9. Juli.

Es ist noch nicht bestimmt, ob das Kabinett heute oder erst am Dienstag zusammentreten wird. Auf alle Fälle aber erscheint es jetzt als feststehend, daß es endgültige Beschlüsse fassen wird. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" teilt mit, daß das Kabinett über folgende fünf Fragen entscheiden werde:

1. Wann und in welcher Form soll auf das deutsche Memorandum geantwortet werden?

2. Welche Prozedur soll angewendet werden, um die deutsche Zahlungsfähigkeit durch eine internationale Sachverständigenkommission wissenschaftlich einwandfrei bestimmen zu lassen?

3. Soll Sir John Bradbury ermächtigt werden, in der Reparationskommission eine offizielle Auslegung des § 18 des Anhangs II des Versailler Vertrages zu verlangen, welcher Artikel bekanntlich von Sonderaktionen der Alliierten gegenüber Deutschland spricht?

4. Soll im Falle einer Uneinigkeit innerhalb der Reparationskommission diese Angelegenheit dem Haager Gerichtshof wie auch die Auslegung des Artikels 248 des Versailler Vertrages unterbreitet werden, der davon spricht, daß die Alliierten eine gemeinsame Hypothek auf das gesamte Aktivum des deutschen Staates haben?

5. Soll ein Beschluß über die Konsolidierung der alliierten Kriegsschulden an England herbeigeführt werden?

Der „Daily Telegraph" schreibt, daß Frankreich mit großer Wahrscheinlichkeit die internationale Sachverständigenkommission für die Bestimmung der deutschen Zahlungsfähigkeit ablehnen und daß es höchstens der Bildung einer Sachverständigenkommission innerhalb der Reparationskommission zustimmen werde, die vom amerikanischen Delegierten präsidiert würde.

Die Faust des Unterdrückers.

Lazaus, 10. Juli.

Wie der „Badische Beobachter" meldet, wollte der Brückenmeister von Maximiliansau in der Nacht zum Sonntag in einem Kahn eine Summe von 30 Milliarden Mark in Banknoten, die zur Auszahlung an die Beamten bestimmt waren, an das pfälzische Ufer hinüberbringen. Er wurde dabei von den Franzosen ertappt und soll verhaftet worden sein. Die 30 Milliarden wurden von den Franzosen geraubt.

*

Buer, 9. Juli. (B. Z. a. M.)

Die von der hiesigen belgischen Besatzungsbehörde ausgesprochene Drohung, in jedem Personenzuge, der die Strecke der französisch-belgischen Regie von Buer nach Oberhausen fährt, **50 Deutsche als Geiseln zum Mitfahren zu zwingen**, ist am Sonntag zur Tatsache geworden. Die gestern mit dem Personenzuge mitgeführten 50 Deutschen waren Angehörige der ersten Kreise. Für jeden Tag sind 50 Deutsche bestimmt worden, die in der festgesetzten Reihenfolge mitfahren müssen.

*

Koblenz. Havas meldet: Die Rheinlandkommission hat der belgisch-französischen Eisenbahnregie eine vorläufige Entschädigung für den Eisenbahnunfall auf der Hochfelder Brücke in Höhe von 63 000 Franken zuerkannt, die aus den den Einnahmen des Deutschen Reiches zu entnehmenden Mitteln geleistet werden soll.

*

Düsseldorf. Nach einer Havasmeldung sind in der Nacht vom 5. zum 6. Juli in Dortmund alle militärischen Telephonleitungen abgeschnitten worden. Die Stadt sei infolgedessen zu einer Buße von 1,40 Millionen verurteilt worden. In Witten wurde nach einer Havas-Meldung auf Grund des Anschlages auf eine Schildwache der Belagerungszustand verhängt.

Die Wahlen in Mecklenburg-Strelitz.

SPD. Neustrelitz, 9. Juli.

Am Sonntag fanden in Mecklenburg-Strelitz die Neuwahlen zum Landtage statt. Sie ergaben, wie kurz berichtet, einen Verlust an Stimmen für sämtliche Mittelparteien, dagegen eine **Stärkung der Extreme auf der Linken und Rechten.** Während die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängigen bei den im Mai 1920 erfolgten Wahlen insgesamt 27 268 Stimmen erhielten, mußten sie sich jetzt mit 11 707 Stimmen, das sind 8 Mandate im Vergleich zu früher 16 Mandaten, zufriedengeben. Dieser Verlust ist zum wesentlichen Teil den Kommunisten zugefallen. Sie waren in dem bisherigen Landtag keinen Sitz und erhalten jetzt 7 Mandate. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, deren Hauptbestand die Demokraten bildeten, erhält 5 Sitze. Als selbständig auftretende Partei wurden der Demokratischen Partei im Jahre 1920 ebenfalls 5 Sitze zugeteilt. Die Deutsche Volkspartei trat in diesem Wahlkampf ebenfalls selbständig auf. Sie erhält 2 Sitze. Die Deutschvölkischen, die bisher im Landtag nicht vertreten waren, erhalten 3 Mandate. Am besten schnitten die Deutschnationalen ab. Sie vereinigten 12 643 Stimmen auf sich und bilden im neuen Landtag mit 9 Sitzen die stärkste Partei. Die Landbündler erhalten 1 Sitz.

*

Die Schwächung der bisherigen Regierungsparteien, also der Sozialdemokratie und der Demokraten, dürfte kaum zu einer praktischen Auswirkung führen. Auf Grund des jetzigen Wahlergebnisses ist das bisherige Regierungsverhältnis parlamentarisch unmöglich. Selbst wenn man den 13 Sitzen der bisherigen Regierungsparteien die 2 Sitze der Volkspartei hinzuzählen würde, fänden dem immer noch 20 andere Mandate entgegen. Aber auch die Rechte ist nicht in der Lage, eine selbständige Regierung zu bilden. Mit Einschluß der Deutschen Volkspartei und des einen Landbündlers erhalten die Rechtsparteien 15 Mandate, denen 20 der Linksparteien, darunter die Demokraten gerechnet, entgegenstehen. Der Erfolg der sinnlosen und unverantwortlichen Agitation auf der äußersten Rechten wie Linken ist also die Schaffung eines Zustandes, der keine praktischen Möglichkeiten zum Regieren mit einer parlamentarischen Mehrheit gibt. Trotzdem dürfen Kommunisten und Deutschnationale im Verein mit den Deutschvölkischen sich über diesen „Erfolg" diebisch freuen. Sie bewiesen damit lediglich erneut das Maß von Verantwortungslosigkeit, das sie auch während des Wahlkampfes trotz der ernsten Situation, in der sich unser Volk befindet, gezeigt haben. Armes Deutschland, wenn diese Verantwortungslosigkeit je regieren sollte. Auf das Stimmenverhältnis in Zahlen kommen wir morgen noch zurück.

Der Marksturz geht weiter!

Die Stellung der Reichsbank im Kampf gegen die Kurssenkung der Mark gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger. Bereits am Sonnabend setzte an den Auslandsbörsen ein neuer Marksturz ein, der nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen auch bei Beginn der Woche anhielt. Die große Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln hat trotz der von der Reichsbank in Wege geleiteten Nachprüfung des Ursprungs der Kaufaufträge keine Verminderung erfahren. Es besteht eben aus den vergangenen Wochen noch ein größerer ungedeckter Bedarf, der immer wieder an den Markt kommt. In Großbankenkreisen bestreitet man ganz energisch, daß die Behauptungen der Reichsbank zutreffen, wonach vielfach höhere Beträge abgefordert werden, als dem wirklichen Bedarf entspricht.

Im gestrigen amtlichen Verkehr bot die Reichsbank alles auf, um die Kurse der Devisen niederzuhalten. Sie nahm wiederum nur Zuteilungen von 5 bis 10 Proz. auf die Nachfragen vor. In Börsenkreisen rechnet man angesichts der starken Spannung zwischen inländischen Devisenkursen und Auslandskursen der Mark nur noch mit einer kurzen Dauer der Stützungsaktion, zumal aus dem heutigen Reichsbankausweis hervorgeht, daß wieder 40 Millionen Goldmark vom ausländischen Golddepot der Bank verpfändet worden sind, wodurch dieses auf 140 Millionen Goldmark zurückgeht. Auch die Steigerung des Notenumlaufs um 4,2 Billionen auf 17,3 Billionen der letzten Juniwoche wird als schlimmes Symptom für die weitere Entwicklung unseres Währungsverfalls angesehen.

Am Effektenmarkt war das Geschäft wieder ziemlich rege bei vorwiegend festen Kursen.

Die Streiklage in Berlin.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers fanden am Montag Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks statt. Ein Bericht hierüber liegt noch nicht vor. Die Frage, die die Arbeiterschaft heute am meisten beschäftigt, ist die der wertbeständigen Löhne. Nachdem die Metallarbeiter nunmehr das Opfer einer Arbeitsniederlegung auf sich genommen haben, werden sie kaum bereit sein, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne auch für die Zukunft vor der Entwertung ihres Lohnes geschützt zu sein. Die Eisenbahner und Gemeindearbeiter Berlins verlangen gemeinsam die Regelung der wertbeständigen Löhne, über die in der nächsten Woche verhandelt werden soll. Der Streik der Bauarbeiter wird wahrscheinlich ebenfalls fortgeführt. Der Einigungsvorschlag des Demobilmachungskommissars hat vor allem deshalb die Unzufriedenheit der Bauarbeiter hervorgerufen, weil er nicht die Klausel des wertbeständigen Lohnes empfiehlt.

Der Verfassungstag bleibt!

Die Reichsregierung läßt amtlich mitteilen:

Der Reichstag hat das Gesetz über die Feiertage nicht mehr verabschiedet. Während eine große Mehrheit für die reichsgesetzliche Festlegung der großen christlichen Feiertage, für den Verfassungstag und den Gedenktag für die Opfer des Krieges gesichert war, konnte unter den Parteien eine die Mehrheit für die Schlußabstimmung sichernde Verständigung darüber noch nicht erzielt werden, ob über die Regierungsvorlage hinaus entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses auch der 1. Mai der Feiertagsgesetzgebung der Länder entzogen werden und der Herbstbußtag da, wo er nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung abgeschafft ist, wieder eingeführt werden soll. Aus diesem Grunde wurde die Verabschiedung des Gesetzes vorläufig zurückgestellt.

Die Reichsregierung hält an der Notwendigkeit fest, das Gesetz baldmöglichst zu verabschieden, damit das Deutsche Reich aus der die Einheit gefährdenden Mannigfaltigkeit der Feiertagsgestaltung und den fortwährenden Kämpfen auf diesem Gebiet herauskommt, weshalb auch für die beiden genannten Punkte eine Verständigung der Parteien für die Schlußabstimmung erzielt werden muß.

Die Aufschiebung trifft formell auch die Festsetzung des Verfassungstages als Nationalfeiertag. Nachdem aber die Regierungsvorlage in der Schlußabstimmung des Reichsrats von den Ländern einstimmig angenommen ist und in diesem Punkte auch die Zustimmung des Reichstages gesichert erscheint, wird der Verfassungstag in Fortbildung der Uebung der beiden letzten Jahre auch in diesem Jahre festlich begangen werden. Wegen der Beteiligung der Länder ist die Reichsregierung mit den Landesregierungen bereits in Verbindung getreten. Die Feier soll in diesem Jahre mit einem „Rhein- und Ruhrtag" verbunden werden, um den Gefühlen der Geschlossenheit Deutschlands, des Dankes an die leidenden Mitbürger und des festen Entschlusses der Erhaltung von Rhein und Ruhr für unser Vaterland im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bekenntnis zum Staat und seiner Verfassung starken Ausdruck zu geben.

Das wahre Gesicht des Herrn v. Kahr.

SPD. München, 6. Juli. (Eig. Drahtber.)

Herr v. Kahr hat sich nun völlig demaskiert. Wie hat er doch ehedem, als der Landrat ihn mit einem gewissen Ruck in den Sessel des Ministerpräsidiums gesetzt hatte, in all seinen Reden geschwärmt von der Politik der Mitte und der Versöhnung der Klassen! Heute, nachdem seine früheren Freunde das zwiespältige Wesen erkannt haben und ihn deswegen fallen ließen, heute zeigt er seine wahre Natur, die nach der Austilgung der politisch Andersdenkenden verlangt. Das äußerte er noch niemals so deutlich, als in einer Rede vom Donnerstag v. M. im Hochschulring deutscher Art. Die „verbrecherische blödsinnige Revolution von 1918" nannte er das Werk von Demagogen und Verrätern und zitierte dabei in nicht mißzuverstehender Weise Worte des blutrünstigen Danton aus der französischen Revolution: „Jeder Verräter aufs Schafott, erst schlagt den Feind und hernach haderi weiter." Unter brausendem Jubel seiner Zuhörer fügte er hinzu: „Geht hin, meine deutschen Mitbürger und tut desgleichen." Dann zeigte er sich als deutscher Imperialist strengster Observanz, wobei er sich in die Toga des alten Cato hüllte und ausrief: „im übrigen bin ich der Meinung, daß Frankreich vernichtet werden muß ... Nein — doch, als edle Deutsche wollen wir es nur kampfunfähig machen, denn jedem deutschen Mann und jeder deutschen Frau muß es klar sein, daß nicht beide, Deutschland und Frankreich, an der europäischen Tafel speisen können." Rache und Revanche, das seien die Trümpfe der Außenpolitik Deutschlands von heute. Dann machte er Propaganda für den unbesiegten Feldherrn des alten Heeres, Ludendorff und für alle Monarchen, die 1918 davongelaufen sind. Die Zeiten nach 1871 hätten viel Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gebracht, während heute der Internationalismus unser Volk vergiftet. Die Predigt von Weltgewissen sei das Verlogenste, was es auf der Welt gäbe. Dieses Weltgewissen sei wie eine Straßenhure, die dahin laufe, wo die besten Geschäfte gemacht werden... Wir sind überzeugt, daß Poinare seine Freude an dieser Rede Kahrs haben wird.

General Watter gegen den Vorwärts.

SPD. Am Montag fand in Berlin vor der Strafkammer die Berufungsverhandlung in der Beleidigungsklage des ehemaligen Reichswehrgenerals v. Watter gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Genossen Viktor Schiff, statt. Die Beleidigung wird erblickt in zwei Artikeln vom August 1921, in denen ausgeführt wurde, daß alles, was in Deutschland an Rechtsputschisten herumläuft, beim damaligen Frontkämpfertag mitmachte, darunter auch General v. Watter, der am Kapp-Putsch teilgenommen habe, bis er dessen Aussichtslosigkeit eingesehen habe. Ferner wurde Watter beschuldigt, am 18. November 1920 an einer Verschwörersitzung in Karlsruhe teilgenommen zu haben. Der Vorwurf des Angeklagten geht dahin, daß General v. Watter beim Kapp-Putsch zunächst absichtlich und bewußt abwartend nichts getan hat. Zunächst kommt zur Sprache, daß der General sich weigerte, einen gemeinsamen Aufruf mit dem Oberpräsidenten und dem Reichskommissar Severing zu unterzeichnen. Einen breiten Platz in der Verhandlung nahm eine Besprechung ein, die der General mit Vertretern der Gewerkschaften und politischen Parteien des Ruhrgebiets am Tage nach dem Kapp-Putsch in Münster hatte zur Bildung eines Arbeiterbeirates beim Wehrkreiskommando. Die Arbeiter haben dabei verlangt, daß der General klipp und klar eine Erklärung zur Verfassung und zur alten Regierung Bauer-Ebert abgebe, schon um dadurch einen Generalstreik zu vermeiden. Von besonderer Bedeutung waren die Aussagen des Innenministers Severing, der seinerzeit als Reichs- und Staatskommissar auf das engste mit dem General zusammen arbeiten mußte. Auch er schildert, wie der General allen Vorstellungen gegenüber, eine Erklärung zu der verfassungsmäßigen Regierung abzugeben, sich ablehnend verhalten habe. Entgegen allen Warnungen habe der Reichswehrgeneral auch die Freikorps mit ihren schwarz-weiß-roten Fahnen eingesetzt und dadurch die schweren Unruhen im Ruhrgebiet hervorgerufen. Der Minister erklärte, den Eindruck gehabt zu haben, daß der General sich auch der neuen Regierung untergeordnet hätte, wenn sie sich behaupten konnte. Bezeichnend ist, daß Severing am 14. März durch Vermittlung des Wehrkreiskommandos in Münster ein Telegramm bekam, er solle nach Berlin kommen, wo ihm die Kapp-Regierung das Reichswirtschaftsministerium anbieten wollte. Wenn die Haltung des Generals in jenen Tagen auch nicht verfassungsverletzend gewesen wäre, so wäre sie doch zweideutig gewesen. Gegenüber den Behauptungen von linksradikalen Umsturzplänen erklärte Severing nachdrücklich, daß seit der Revolution im Ruhrgebiet nie eine solche Ruhe geherrscht hätte wie damals, wo man dazu übergehen konnte, Ueberschichten im Bergbau und im Eisenbahnbetrieb durchzuführen. Als gesetzwidrige Handlung des Generals bezeichnete Minister Severing u. a. noch die Entsendung der Freikorps, gegen die er als Reichskommissar Einspruch erhoben hätte. Bei dieser Meinungsverschiedenheit hätte die Entscheidung der Reichsregierung unterbreitet werden müssen. Die Ablehnung der Erklärung für die alte Regierung hält Severing für eine Pflichtverletzung, weil dem General bei der Struktur des Ruhrgebiets die Folgen seiner Haltung bekannt sein mußten. Die Verteidigung des Beklagten führt dann Beweise dafür an, daß General v. Watter bis in die letzte Zeit hinein sich an **staatsfeindlichen Unternehmungen und geheimen Verhandlungen beteiligt** hat. Dafür wurden verschiedene Berichte zitiert. Das eine Schreiben, das an General Watter gerichtet ist, schließt z. B.: „Die einzige Sorge, daß die Reichswehr bei einem lediglich inneren Konflikt nach links rutschen könnte, besteht für mich nicht, da in diesem ganz unwahrscheinlichen Falle **General Hellfritz, wie alle vaterländischen Verbände, nicht nur mitmachen werde, sondern, wenn erforderlich, gegen die Reichswehr mit der Waffe vorgehen würde.**" Der nächste Zeuge, Genosse Woldt, bestätigte Severings Angaben über die Verhandlungen mit den Arbeitervertretern, während ein Teil der militärischen Mitarbeiter des Generals auch heute zugibt, daß der General diese zweideutige Haltung einnehmen mußte, um die gesamte ihm unterstellte Truppe mit Einschluß der Freikorps in der Hand zu behalten. — **Die Verhandlung wird noch einen zweiten Tag beanspruchen.**

Lebensmittelunruhen. In Nowawes bei Potsdam kam es am Montag nachmittag zu einigen durch die ungeheure sprunghafte Teuerung veranlaßten Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, die von der bürgerlichen Presse sofort über Gebühr aufgebauscht worden sind. Tatsächlich wurde innerhalb kurzer Zeit die Ruhe wiederhergestellt, die Menge, die sich vor dem Rathaus angesammelt hatte, zerstreute sich, ohne daß die Polizei gezwungen war, einzugreifen. Die Gewerkschaftsführer nahmen sich sofort der Angelegenheit an und beriefen für abends eine öffentliche Versammlung ein. Die Schutzpolizei, die von Anfang an in genügender Stärke vorhanden war, übte Zurückhaltung. Verhaftungen sind nicht erfolgt, lediglich ein paar Schreier wurden festgenommen, aber bald wieder entlassen.

Tichons Schuldbekenntnis.

Moskau, 6. Juli.

Der Patriarch Tichon hat in einem zweiten Hirtenbrief zum erstenmal öffentlich vor den Gläubigen ein Schuldbekenntnis abgelegt, mit den Worten: „Ich tue für meine gegen die Sowjetmacht gerichteten Handlungen Buße und beklage deren Opfer. Ich fordere alle, welche sich in gemeinsame Aktionen mit den Volksfeinden, Monarchisten und Weißgardisten einließen, insbesondere die emigrierten Priester und Führer des Konzils zu Karlowitz auf, Buße zu tun, da sie sonst vor das Kriegsgericht in Moskau geladen werden müßten." Der Patriarch fordert schließlich zur Aufrechterhaltung der Einheit der Orthodoxen auf, da aus ihren Streitigkeiten nur der Katholizismus Nutzen ziehe.

Die bayerische Dunkelkammer.

(Von unserm Münchener Korrespondenten.)

Wer den Prozeß gegen Fuchs, Machhaus und Genossen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, braucht das Urteil des Gerichts nicht mehr für die Feststellung, daß hier vollendeter Hochverrat vorliegt. Auch wenn man die vielen schwerbelastenden Einzelheiten beiseite läßt, so bleiben folgende drei Grundtatsachen übrig, die für die Beurteilung des einzig übriggebliebenen Hauptangeklagten Fuchs — Machhaus und Dr. Müller haben sich bekanntlich durch Selbstmord dem Richter entzogen — entscheidend sind: 1. Absicht einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung und der bestehenden Machtverhältnisse in Bayern und gleichzeitig aktive Vorbereitung des Umsturzes; 2. Fortgesetzte Verhandlung mit französischen Agenten zur Erlangung positiver Unterstützung für den Umsturz; 3. Beabsichtigte Preisgabe deutschen Landes an die Tschechoslowakei zur Erlangung ihrer wohlwollenden Neutralität beim Umsturz.

Diese drei Tatsachen, die in den vierzehn Verhandlungstagen vor dem Volksgericht einwandsfrei festgestellt sind, genügen für jeden Laien, um das hier vorliegende Verbrechen des Hochverrats zu erkennen. Die Angeklagten selbst, die lebenden und die toten, verschwinden mit ihrer Aburteilung aus dem öffentlichen Interesse, und das mit Recht. Denn jedermann empfindet mit instinktiver Sicherheit, daß diese paar politischen Gernegroße, die hier in den Maschen der Strafgesetze hängen geblieben sind, nur deswegen zu ihrer heutigen Bedeutung gelangten, weil sie ihren Hochverrat auf einem Acker bauten, der von ganz anderen gewichtigeren Leuten gepflügt und gedüngt worden ist. Hier liegen tatsächlich Dinge verborgen, die im Verlauf des Prozesses immer und immer wieder ans Licht des Tages drängten, jedesmal aber von der Faust des Gerichts in die Dunkelheit zurückgestoßen wurden. Infolgedessen ist die Feststellung notwendig, daß eine sachliche Aufklärung über den tatsächlichen Umfang der Loslösungsbestrebungen Bayern vom Reich in keiner Weise erfolgt ist. Offenbar lag dies auch von vornherein in der Absicht des Gerichts, ein Vorgang, der das natürliche Empfinden weitester Volkskreise in außerordentlichem Maße verletzen muß und der geeignet ist, das Vertrauen in die Objektivität der bayrischen Rechtspflege, soweit das noch nicht geschehen ist, restlos zu erschüttern. Man kann sich wohl vorstellen, daß die heute in Bayern maßgebenden Gewalten einer vollständigen Klärung dieser hochverräterischen Materie durchaus abgeneigt waren, und zwar, wie man sagt, aus „vaterländischen Rücksichten". Das hätte aber das Gericht nicht von seiner selbstverständlichen Pflicht abhalten dürfen, alle Dinge um Fuchs herum objektiv festzustellen und wäre dies auch hinter verschlossenen Türen geschehen. Daß es dies nicht tat, berechtigt zu dem Vorhalt, daß durch dieses Verfahren die Wahrheit verschleiert und die Gerechtigkeit in ihrem Laufe gehemmt wurde.

Zum Beweise dafür nur wenige Tatsachen: Fuchs stand seit Jahren in nahen Beziehungen zum ehemaligen Kronprinzen Rupprecht, die miteinander so vertraut waren, daß sich Fuchs jederzeit, auch nachts, bei Rupprecht melden lassen konnte, und empfangen wurde. Zwischen beiden wurde über die französischen Verbindungen des Fuchs gesprochen, über Richert und andere Franzosen und wohl auch über die Absichten, mit denen sich 1921 das offizielle Paris betr. Bayern und das Haus Wittelsbach trug und worüber Fuchs gerade in dieser Zeit mit Poncheux verhandelte. Diese Dinge gehörten zweifellos zum Prozeßthema und sind darüber hinaus politisch von so großer Tragweite, daß ihre Aufklärung jedem loyalen Staatsbürger als selbstverständliche Notwendigkeit erscheint. Das Gericht aber hatte dafür kein Interesse, nachdem der Verteidiger einmal damit gedroht hatte, vielleicht sehe er sich noch gezwungen, unter Zurückstellung seiner Ehrfurcht vor dem Hause Wittelsbach in dieser Richtung politisch höchst bedeutsame Beweisangebote zu machen.

Fuch hat aber auch den damaligen Kommandanten des Wehrkreises VII (Bayern), den General Möhl, einen ausgesprochenen Monarchisten, von seinen Beziehungen nach Frankreich unterrichtet und mit ihm eingehende Besprechungen über eine militärische Verbindung der bayrischen Reichswehr mit den bewaffneten Verbänden gehabt. Auch hier fühlte das Gericht kein Bedürfnis, Aufklärung zu schaffen. Dasselbe ist bei Pöhner der Fall, der mit Fuchs seit Jahren intimen politischen Gedankenaustausch pflegte, wobei dem Fuchs besonders wertvoll war, daß ihn Pöhner über die politischen Strömungen in der Reichswehr aufklärte. Später hat die Pöhnersche Polizei mit dem Fürsten Thurn und Taxis Verhandlungen angeknüpft zwecks Erlangung von Geld für Fuchs bezw. die nationalen Verbände, Pöhner hätte aus Besprechungen mit Richert, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er die dürftigen Ergebnisse des Staatsanwalts über die Person dieses politisch so bedeutsamen Franzosen wesentlich hätte ergänzen können. Ist denn Saarbrücken, die bekannte Hochburg dieses Mannes, tatsächlich für einen deutschen Staatsanwalt und ein deutsches Gericht so unerreichbar, um dort authentische Nachrichten einzuholen? Richert hatte aber doch schon im Jahre 1921 gute Beziehungen zu politischen Kreisen Bayerns und zwar gerade zu der Zeit, als unter Kahr die Einwohnerwehrfrage akut wurde und für den Fall eines Konfliktes mit der Reichsregierung „die Leitung Sicherheiten wirtschaftlicher Art für den Fall einer Abschnürung Bayerns vom Reich suchte". Diese Sicherungen fand man via Pittinger-Fuchs in Monsieur Richert, den eigentlichen Machthaber des Saargebietes, der nicht nur die unbedingte Belieferung Bayerns mit Kohle zusagte, sondern sogar die rollenden Züge zur Verfügung zu stellen versprach. Hier ist die Frage berechtigt: Wer hat 1921 im Namen Bayerns mit Richert verhandelt? ... Wäre dies nicht Geheimnis geblieben, dann wäre die Aufklärung über Richert, diesen „Krankheitserreger im bayrischen Blutkreislauf", wohl ziemlich einfach gewesen. Die Verhandlungen 1921 wurden übrigens als zwecklos abgebrochen, als Kahr seinen ursprünglichen Entschluß, in der Einwohnerwehrfrage das Reich unter seinen Willen zu zwingen, aufgegeben hatte.

Alle hier erwähnten Angaben hat Fuchs im Verlaufe seiner Verteidigung gemacht. Sie brauchen darum nicht wahr zu sein. Aber nach den elementaren Grundsätzen der Strafprozeßordnung ist das Gericht gezwungen, diese Aussagen als wahr zu glauben, wenn es sich nicht die Mühe nimmt, die in Zusammenhang mit diesen Angaben genannten Personen als Zeugen zu hören.

Noch eines ist im Dunkel geblieben: die hundert und mehr Millionen Mark französischer Herkunft, wo sind sie letzten Endes hingeflossen, wozu wurden sie verwendet? Ist dieses Verrätergeld vielleicht heute noch in der Lage, innerhalb der bewaffneten Verbände „aktivistisch" und als zersetzendes Gift in Kreisen deutscher Studenten und ehemaliger Offiziere zu wirken und damit die Quelle zu bilden für weitere Konfliktsmöglichkeiten mit Frankreich? Es liegt auf der Hand, daß die Lösung dieser Frage geradezu eine staatspolitische Notwendigkeit ist. Ueberhaupt ist damit eine Frage abgeschnitten, die schon lange die Oeffentlichkeit nicht nur innerhalb Bayerns aufs lebhafteste interessiert — wer finanziert die bewaffneten Organisationen? Dies zu wissen, ist Pflicht des Staates, nachdem gerade diese Verbände unser politisches Leben fortgesetzt beunruhigen und außenpolitisch den Kredit des Reiches gefährden.

Das Volksgericht München hat es vermieden, Licht in das Dunkel dieser Zusammenhänge zu bringen und — was offensichtlich möglich war — den letzten Schleier vor diesen „nationalbayrischen" Belangen wegzuziehen. Jedermann fragt sich: Warum ist dies vermieden worden? ... Diese Frage beantwortet sich von selbst durch eine zweite: Wem zum Vorteil? ... Vor kurzem hat Herr v. Kahr im Brustton der Ueberzeugung verkündet: „Führer des deutschen Volkes in der großen nationalen Sache sei in solch schwerster Zeit derjenige deutsche Mann, der die reinsten Hände hat." Wohlan „Exzellenz", greifen Sie nach dem Führerstab, wenn Sie auch jetzt noch den Mut dazu haben!

Devisen-Kurse.

Berlin, 10. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		9. Juli.	6. Juli.
Amsterdam	1 fl.	70423,50	68827,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	8628,—	8628,—
Kristiania	1 Kr.	29127,—	28329,—
Kopenhagen	1 Kr.	31421,—	30723,—
Stockholm	1 Kr.	47381,—	46383,50
Helsingfors	1 finn. Mk.	4937,50	4862,50
Rom	1 Lire	7531,—	7531,—
London	1 £	817950,—	798000,—
Neuyork	1 Dollar	179550,—	175560,—
Paris	1 Frs.	10274,—	10277,—
Zürich	1 Frs.	30723,—	30324,—
Madrid	1 Pesetas	25436,—	24937,50
Wien	100 Kr.	261,84	259,35
Prag	1 Kr.	5436,—	5386,50
Budapest	100 Kr.	20,44	20,29

Vermischte Nachrichten.

Verlustliste des englischen Luftflottensports. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind nach einer amtlichen englischen Zusammenstellung 90 Flugzeuge abgestürzt, wobei 106 Personen getötet und 69 verwundet wurden.

Die größte Eisenbahnkatastrophe der Welt. Vor einigen Tagen wurde vom französischen Kriegsminister Maginot in Saint-Jean-de-Maurienne, einem Städtchen in Savoyen, ein Denkmal zur Erinnerung an die furchtbarste Eisenbahnkatastrophe der Welt eingeweiht, die sich in der Nacht vom 11. zum 12. November 1917 in der dortigen Gegend abgespielt hat. Bei diesem Unglück sind, wie man erst heute erfährt, 437 Menschen ums Leben gekommen. Wohl hatte man damals davon gehört, daß sich ein schweres Eisenbahnunglück an einem Militärurlauberzug auf der Mont-Cenis-Strecke, die Frankreich mit Italien verbindet, ereignet hatte, daß sie aber eine so grauenhafte Ausdehnung genommen hatte, wurde durch die französische Militärzensur streng verheimlicht und ist erst jetzt bekannt geworden. Das Unglück geschah kurz nach der französischen Grenzstation Modane, als die Bremse der elektrischen Lokomotive versagte und der Urlauberzug in rasendem Tempo talabwärts glitt, entgleiste, in einen Abgrund stürzte und die Trümmer sodann lichterloh brannten. Es kamen nur 150 Menschen, die übrigens alle schwere Verletzungen oder Brandwunden erlitten hatten, mit dem Leben davon. 437 Leichen wurden, größtenteils in verkohltem Zustande, geborgen. Es handelte sich ausschließlich um französische Urlauber von der italienischen Piave-Front. Der Lokomotivführer, der bereits kurz vorher mitten im Mont-Cenis-Tunnel eine Havarie erlitten und gestoppt hatte, hatte sich in Modane zunächst geweigert, den Zug weiterzuführen, weil er ein Versagen der Bremsvorrichtungen befürchtete. Doch wurde ihm vom Militärkommissar der Grenzstation ausdrücklich befohlen, die Fahrt fortzusetzen. Wenige Minuten später ereignete sich die Katastrophe. Der Lokomotivführer, der die Strecke seit 18 Jahren kannte und Vater von 8 Kindern war, wurde — vor ein Kriegsgericht gestellt, allerdings glatt freigesprochen. Der schuldtragende Militärkommissar blieb unbehelligt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Volle Form und Jugendfrische

sind der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, 30 g echte Avora-Kerne zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von ansatzfördernder Wirkung enthalten. Davon nehmen Sie 3mal täglich 2—4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10.

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

43. Fortsetzung.

Er machte sich wieder in seinem Bett zurecht und versank wieder in die dumpfe Kontemplation des bohrenden, kriechenden Schmerzes, in dem die zerrissenen Sehnen seines Schenkels sich langsam wieder aneinander knüpften. Er versuchte verzweifelt, den Schmerz zu vergessen. Es gab doch soviel, an das er denken wollte, wenn er nur vollkommen ruhig liegen und die zerfetzten Enden von Gedanken, die auf der Oberfläche seines Bewußtseins herumschwammen, aneinanderstücken könnte. Er zählte die Tage, die er nun im Hospital war. Fünfzehn. Konnte es wirklich so lange schon sein? Bis jetzt hatte er noch nichts gedacht! Bald würden sie ihn, wie Appelbaum gesagt hatte, in die Klasse A versetzen und in die Tretmühle zurückschicken, und er würde noch nicht seinen Mut und die Beherrschung seiner selbst wiedergewonnen haben. Welcher Feigling war er doch gewesen, sich zu unterwerfen! Der Mann neben ihm hustete weiter. Andrews starrte für einen Augenblick auf die gelbe Silhouette des Gesichtes auf den Kissen mit der spitzen Nase und den kleinen, gierigen Augen. Er dachte an das glänzende Leichenbestattergeschäft, an die schwarzen Handschuhe, an die langen Gesichter, an sanfte, taktvolle Stimmen. Dieser Mann und sein Vater vor ihm hatten davon gelebt, von sich Dinge zu behaupten, die sie nicht fühlten, Realitäten mit Gerank von Krepp und anderem Flitter vorzutäuschen; für diese Leute starb nie jemand; man schied hinweg, man ging hinüber. Trotzdem, es mußte je Leichenbestatter geben. Dieser Beruf war in keinem Sinne schmutziger, als irgendein anderer. Und um sein Geschäft nicht zu verderben, darum war der Leichenbestatter freiwillig eingetreten, und auch, um der Welt die Demokratie zu erkämpfen. Diese Phrase trat Andrews an wie eine Flut von Volksliedern, von patriotischen Nummern auf einer Vaudevillebühne. Er erinnerte sich an die großen Flaggen, die triumphierend über der fünften Avenue wehten und an die Massen, die pflichtgemäß „hoch" schrien. Aber das waren ja nur gültige Gründe für einen Leichenbestatter. Waren es für ihn, John Andrews, triftige Gründe? Nein, er hatte keinen Beruf. Er war nicht in die Armee hineingetrieben worden von der öffentlichen Meinung, er war nicht hineingeschwemmt worden von irgendeiner Woge kritiklosen Vertrauens in die Phrasen gekaufter Propagandisten. Er hatte eben nicht die Kraft zu leben. Ein Gedanke kam ihm ins Bewußtsein. Wie viele hatten doch während der langen Tragödie der Geschichte sich selbst lächelnd geopfert um der Reinheit ihrer Idee willen! Er aber, er hatte nicht den Mut gehabt, einen Muskel nur zu bewegen für seine Freiheit. Er hatte fast freudig sein Leben als Soldat gewagt für eine Sache, die er für vollkommen sinnlos und verbrecherisch hielt. Welches Recht zu existieren hat überhaupt ein Mensch, der zu feige war, um für das, was er dachte und fühlte, einzustehen, für seine ganze Art, für alles, was ihn unterschied von seinen Mitmenschen, um nicht ein Sklave zu sein, um mit der Mütze in der Hand dazustehen und zu warten auf irgendeinen stärkeren Willen, der ihm gebieten sollte, zu handeln.

Ekel stieg wie plötzliche Uebelkeit in ihm auf. Sein Bewußtsein hörte auf, Phrasen und Gedanken zu formulieren. Er lieferte sich dem Ekel aus, wie ein Mann, der zu viel getrunken hat, der bis jetzt aber seinen Willen fest an der Kandare hatte und sich plötzlich Hals über Kopf der Trunkenheit überläßt.

Er lag sehr still mit geschlossenen Augen, horchte auf die Geräusche des Saales, die Stimmen der sprechenden Männer und die Hustenanfälle, die über den Mann neben ihm herfielen. Der stechende Schmerz quälte monoton. Er fühlte sich hungrig und dachte, ob nicht bald Abendbrotzeit sei. Wie wenig bekam man doch in diesem Hospital zu essen! Er rief den Mann im gegenüberliegenden Bett an:

„He, Storky, wie spät ist es:"

„Es ist Essenszeit. Hast wohl guten Appetit auf ein Beefsteak und Zwiebel und gebratene französische Kartoffeln?"

„Halt's Maul."

Ein Klappern von Zinngeschirr am andern Ende des Saales veranlaßte Andrews, sich weiter in seinen Kissen aufzurichten.

Nachdem er gegessen hatte, nahm er wieder die „Tentation de Saint Antoine" auf, das Buch lag auf seinem Bett neben seinem unbeweglichen Bein; er vertiefte sich darin, las die prächtig formulierten Sentenzen mit gierigem Eifer, als ob das Buch eine Medizin sei, aus der er tiefes Vergessen trinken könne.

Er legte das Buch nieder und schloß die Augen. Sein Bewußtsein war voll eines seltsam fließenden Glanzes wie der Ozean in einer warmen Nacht, wenn jede Welle sich blaß und glänzend bricht und geheimnisvolle, milchige Lichter wie von Ewigkeiten her an die Oberfläche aus dem Dunkel des Wassers heraufsteigen und glimmen und verlöschen. Seltsame, fließende Harmonien durchströmten sein Fleisch, wie ein grauer Himmel beim Hereinbrechen der Nacht plötzlich mit endlos wechselnden Flecken von Licht und Farbe und Schatten sich füllt.

Als er dann versuchte, seine Gedanken zu fassen, ihnen einen definitiven musikalischen Ausdruck zu geben, war er plötzlich leer. Wie in einem tiefen Wasser eine Sandbank, die eben noch voller kleiner silbriger Fische war, plötzlich dunkel und leer erscheint, wenn ein Schatten über das Wasser fällt und man statt schimmernder beweglicher kleiner Körper nur noch die Reflexion seiner eigenen Gestalt im Wasser sieht.

John Andrews wachte auf und fühlte eine kalte Hand auf seinem Kopfe.

„Fühlst du dich wohl?" hörte er eine Stimme in seinem Ohr.

Er sah hinauf in ein puffiges Gesicht von mittleren Jahren mit einer mageren Nase und grauen Augen und starken Schatten darunter. Andrews fühlte die Augen, die ihn forschend anlahen. Er sah das rote Dreieck auf dem Kakhiärmel des Mannes.

„Ja," sagte er.

„Wenn du nichts dagegen hast, möchte ich ein wenig mit dir reden."

„Habe nichts dagegen. Haben Sie einen Stuhl?" sagte Andrews lächelnd.

„Ich denke, es war vielleicht ganz recht, dich aufzuwecken. Aber sieh 'mal, es war gerade so, du warst der Nächste, und ich fürchtete, ich würde dich vergessen, wenn ich dich jetzt übergehe."

„Ich verstehe," sagte Andrews mit dem plötzlichen Entschluß, dem Mann die Initiative der Unterhaltung wegzunehmen.

„Wie lange sind Sie schon in Frankreich? Lieben Sie den Krieg?" fragte er hastig.

Der Mann lächelte traurig.

„Du scheinst ja ein wackerer Kerl zu sein," meinte er. „Du hast es wohl sehr eilig, wieder an die Front zu kommen und noch ein paar Hunnen zu sehen." Er lächelte wieder nachsichtig. Andrews antwortete nicht.

„Nein, mein Sohn, mir gefällt's hier nicht," sagte der Mann nach einer Pause. „Ich wünschte, ich wäre zu Hause. Aber es ist doch angenehm, zu wissen, daß man seine Pflicht tut."

„Kann sein," meinte Andrews.

„Hast du denn schon von dem großen Luftangriff unserer Jungen gehört? Frankfurt ist bombardiert worden. Wenn sie nur Berlin vom Erdboden wegwischen könnten!"

„Sag' 'mal, haßt du sie denn wirklich so?" fragte Andrews leise. „Denn falls du sie wirklich so sehr haßt, kann ich dir etwas sagen, was dich halbtotkitzeln muß vor Freude. Beug' dich 'mal 'rüber."

Der Mann beugte sich neugierig herüber.

„Einige deutsche Gefangene kommen jeden Tag um sechs Uhr abends zu diesem Hospital. Wenn du sie wirklich haßt, so brauchst du dir ja nur einen Revolver von einem unserer Offiziere zu borgen und die ganze Bande über den Haufen zu schießen ..."

„Sag' 'mal, wo hat man dich denn gemustert, Junge?" Der Mann setzte sich mit einem Ruck und dem Ausdruck des Schreckens auf. „Weißt du denn nicht, daß Gefangene heilig sind?"

„Weißt du denn nicht, was unser Oberst uns sagte, ehe wir in die Argonnenoffensive hineingingen: je mehr Gefangene ihr macht, desto weniger werdet ihr zu essen kriegen. Und weißt du denn nicht, was den Gefangenen, die wir machten, geschah? Warum haßt du die Hunnen?"

„Weil sie Barbaren sind, Feinde der Zivilisation. Du müßtest eigentlich genug Bildung haben, um das zu wissen," sagte der Mann und erhob seine Stimme in zorniger Empörung. „Welcher Kirche gehörst du eigentlich an?"

„Keiner."

„Aber du mußt doch mit irgend einer Kirche in Beziehung stehen. Du kannst doch in Amerika nicht wie ein Heide aufgewachsen sein. Jeder Christ gehört oder gehörte irgend einer Kirche an durch die Taufe."

„Ich habe mit dem Christentum nichts zu schaffen."

Andrews schloß die Augen und wandte den Kopf weg. Er fühlte den Mann über sich schweben, noch unentschlossen. — Nach einer Weile öffnete er die Augen. Der Mann beugte sich über das nächste Bett.

Durch das Fenster auf der anderen Seite konnte er ein klein wenig blauen Himmels sehen. Wie diese Leute sich am Haß erfreuen konnten! Dann war es wirklich besser, an der Front zu sein. Die Menschen waren wirklich humaner, wenn sie einander töteten, als wenn sie nur darüber sprachen. So war die Zivilisation nichts anderes, als ein ungeheures Gebäude des Truges, und der Krieg statt ein Produkt des Zerfalles ihr völligster und endgültigster Ausdruck. — O, es mußte doch noch etwas anderes geben, als Gier und Haß und Grausamkeit. Waren das auch alles Trugbilder, diese gigantischen Phrasen, die wie fröhliche Drachen hoch über der Menschheit flatterten? Drachen! Ja, das war es.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Der Senat hat den Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika Theodore **Jaeckel** in Hamburg auch für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen. (3929

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 48 vom 10. Juli 1923 enthält: (3931

Dritter Nachtrag zur Verordnung vom 19. Februar 1919 über die staatliche Prüfung von Säuglingspflegerinnen. — Dritter Nachtrag zur Verordnung vom 28. November, betreffend Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen. — Bekanntmachung, betreffend Gebührenerhöhung. — Bekanntmachung, betreffend die Kehrlohnordnung. — Bekanntmachung, betreffend den Gebührentarif des Katasteramts. — Bekanntmachung, betreffend Durchführung der Vorschriften über den Verkehr mit Devisen. — Verordnung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener vom 14. Juli 1923.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 12. Juli 1923:

a) Einzelfahrscheine:

bis zu 2 Zonen		M.	2 000.—
für 3 und 4 Zonen		M.	2 500.—
für 5 und mehr Zonen		M.	3 000.—

b) Monatskarten:

bis zu 2 Zonen	2mal. Fahrt	M.	85 000.—
	4mal. Fahrt	M.	160 000.—
für 3 u. 4 Zonen	2mal. Fahrt	M.	105 000.—
	4mal. Fahrt	M.	200 000.—
für 5 u. mehr Zonen	2mal. Fahrt	M.	120 000.—
	4mal. Fahrt	M.	230 000.—

c) Jugendfahrscheine:
in Bündeln von 15 Stück . . . M. 15 000.—

d) Gepäckstücke und Hunde: M. 2 000.—

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine, Fahrkarten für Behörden und die Karten für Schwerbeschädigte der Serie 9 sind bis zum einschl. 13. Juli 1923 gültig und hat der Umtausch:

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a oder durch Brief,
b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3,
c) der Karten für Schwerbeschädigte, bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte gegen Serie 10 zu erfolgen.

Lübeck, im Juli 1923. (3953

Städtische Betriebe.

Nichtamtlicher Teil

Otto Hartz
Mariechen Hartz, geb. **Hannack**,
Vermählte.
Hagenow i. M. 7. Juli 1923. Lübeck.
Für erhaltene Geschenke und Gratulationen danken herzlich D. O. (3919

Sofort gesucht (3934
Metalldrücker
in Aluminium für Aluminiumwerk Bargteheide. Zu melden **Bornefeld & Co.**, Hamburg, Hürter 12.

Wilhelm Vader
Elli Vader
geb. Kafemeister
Vermählte.
Für die vielen Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst
3928) D. O.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Silber-Hochzeit danken herzlich (3922
Fr. Krentzfeld u. Frau.
Friedenstraße 32.

Am Sonntag entschlief nach längerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegersohn, mein lieber guter Verlobter (3937
Willy
im fast vollendeten 22. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Johann Törber und Familie.
Karl Lehmann und Familie.
Marie Lehmann als Verlobte.
Die Beerdigung findet am 13. Juli, 3¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Sr. Zimmer [illegible] Zimmer m. Kochgel. Ang. unter **G 34** a. d. Exp. (3941

Jg. Ehep. [illegible] möbl. Zim. m. Kochgelegenh. [illegible] Ang. u. **G 32** a. d. Exp. (3917

Gr. 2-Z.-Wohn. (Mark) geg. [illegible] (Holstein.) zu tauschen ges. (3915 [illegible] Kronsforder 39, II.

Damen-Fahrrad
billig zu verkaufen (3943
Pfaffenstraße 13, I.

1 Zentner Kartoffeln und Knabenwaschblusen zu verkaufen (3944
Travelmannstr. 41/43 II r.

1 Herren-Fahrrad
Preis 1,2 Millionen.
3952) Wahmstr. 62.

Billig zu verk. 1 Paar weiße Halbschuhe Gr. 39.
3960) Kronsf. Allee 110 II.

Kaninchen, Schweinetrog und Dranktonne zu verkaufen. (3939
Segebergstr. 21/23 pt. l.

Ein sehr gut erhalt. transportabler Kachelofen zu verkaufen.
3916) Markt 6.

Neue Knabenstiefel, 37, verpaßt, zu verk. (3921
Schönkampstr. 3 pt.

1 Jugänger
zu verkaufen. (3908
H. Rumpf, Moisling, Judenberg 5.

Gef. **Damen- u. Herren-Fahrrad.** Zahle hohen **Preis. K. Möller.** Händler, **Wahmstr. 81.**
3924)

Gr. Kinderwagen zu kaufen gesucht. Ang. m. Preisangabe unter **G 33** an die Exp. d. Bl. (3932

Maulwurf-,
Reh-, (3910
sowie alle and. Sorten
Felle
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 6414
Dankwartsgrube 26,
3910) Holstenstr. 2.

Fernruf 1359 — Johannisstr. 25
ZENTRAL-THEATER
Ab Dienstag den 10.
bis Montag, den 16. Juli:

Ilse Arco, Bruno Eichgrün, Max Ruhbeck, Herm. Picha in:
Das goldene Haar.
Der Film ist nach dem gleichnamigen Roman von Rudolf Hirschberg-Jura bearbeitet und stellt einen unserer vorzüglichsten Sittenfilme dar. Wir verzichten auf jede sensationelle Ausschmückung und Empfehlung des Films, da wir überzeugt sind, daß der Film infolge seiner Güte einen ständig wachsenden Besuch zu verzeichnen haben wird, umsomehr als Regie, Darstellung und Photographie über alles Lob erhaben sind. Das Manuskript ist eines der interessantesten, die Handlung vielseitig und abwechselnd, daher auch unterhaltend.
Die Macht der Verschworenen.
Filmdrama in 5 Akten.
Küssen ist keine Sünd.
Lustspiel in 2 Akten.
Spielzeit ununterbrochen von 4 bis 11 Uhr. Orchestermusik.

Ausstopfen von Tieren.
P. Paschen, Lübeck.
Augustenstr. 25a. (3920

Eimerbier.
Mittwoch von 4—6 Uhr.
3940) **Brauerei Stamer.**

Landverpachtung in Stockelsdorf.
Am Sonntag, 15. Juli, vorm. 11 Uhr, werde ich die Ehlers'schen Ländereien an der Lohstraße in Stockelsdorf auf 6 Jahre öffentlich meistbietend **an Ort und Stelle** verpachten. Es handelt sich um 7 Stücke von je etwa 200 Ruten. Bedingungen im Termin.
Hattenbach,
beeid. Auktionator
in Bad Schwartau.
3907)

Künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
92 König-straße **92**
Kostenlose Auskunft.
3938

Schwache Nerven
sind d. Grundursachen der meisten Krankheiten. Blutarmut, Herzklopfen, Unlust zur Arbeit, nervöse Schwächezustände aller Art, nerv. Kopfschmerzen, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur mit
Doppelherz
dem von Aerzten anerkannten Nervenkräftig.-Mittel behandelt werden. Allein echt m. d. Schutzmarke
Zu haben bei (3911
J. Vogt, Königstr., Ecke Hüxstraße.
J. J. Struve, Breite Str. 95

Dr. Schwarzweller
verreist 3936
bis Ende Juli.

Dr. med. Evers
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt
Breitestr. 831 (3945
verreist bis Ende Juli.

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. **Spethmann**
BreiteStr. 31. Fernsp. 8659
(3878)

Jetzt kaufen Sie noch günstig 3917
Stoffe
für Anzüge und Kostüme bei
Kesten,
Holstenstr. 17, I.

Das auf Parteitagsbeschluß angefertigte
Partei-Abzeichen
in Form einer schmuckvollen metallenen Anstecknadel ist in der Buchhandlung Lübecker Volksbote zu haben.
Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

Sie finden
bei (3743
Walter Griephan & Co.
Hüxstr. 74
enorm billig:
Bettbezugstoffe, Inletts, Hemdentuche, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Mittwochs und Freitags von 3—7 Uhr
Späneabgabe.
Katz & Klumpp. Schlutup. (3933

Trotz des weit höheren Fabrikpreises.
Margarine billig!
3929 **Solange der Vorrat reicht:**

Margarine	per ℔	20000.— 22000.—
Ia. dän. Schmalz	per ℔	28000.—
Prima Kokosfett	per ℔	26000.—
Prima Kunstfett	per ℔	26000.—

Lübecker Margarine-Zentrale.

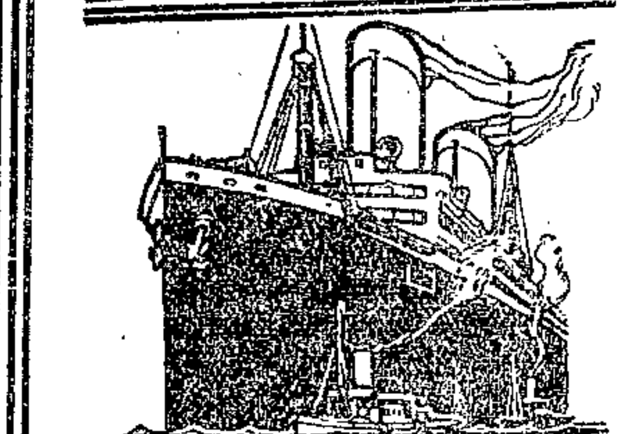
Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

So kann man stürzen
wenn man seine
Gummisohlen und Absätze
nicht in der
Reform-Schuhwaren-Reparatur u. Stepperei
(mit elektrischem Betrieb)
50 Hüxstraße 50
Robert Jentzen
machen läßt.

Luisenlust. Jeden Mittwoch u. Freitag **Tanzkränzchen** 3912

Kolosseum
Morgen Mittwoch
Gross. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr. (3914
Joh. und R. Mittag.

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung.
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,**
Untertrave 12/13. (3913
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd**
Generalvertretung:
Wilhelm Lazarus, Bergstraße 11,
(Haus Commeter).

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.
Donnerstag, den 12. Juli, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. a) Kassenbericht vom 2. Quartal 1923.
   b) Erhebung eines Sonderbeitrags.
2. Gen. **Leber: Deutsche Außen- und Innenpolitik.**
3. Die Vorgänge in Schwartau.

Erscheinen Pflicht! Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
3942) **Der Vorstand.**

Neuer Grundeigentümerverein
Lübeck und Umgegend von 1919 e. V.
Morgen Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in den Zentralhallen
Monatsversammlung.
Wichtige Tagesordnung. Aufnahme neuer Mitglieder am Saaleingang. Mitgliederausweis ist unbedingt vorzuzeigen. — Der Mitgliedsbeitrag vom 1. Juli bis 31. Dez. d. J. beträgt **Mk. 5000. Um** das Einziehen der Beiträge jetzt etwas schneller zu bewerkstelligen, bitten wir den Betrag mit **Angabe der Mitgliedsnummer** auf unser Konto **sofort** bei der **Bank für Handel und Gewerbe** oder im Geschäftszimmer Alfstraße 39 von 4—7 Uhr, einzuzahlen. (3951) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radf.-Bund „Solidarität"
Mitgliedschaft Lübeck.
II. General-Versammlung
am Mittwoch, d. 11. Juli abends 7½ Uhr.
3948) **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
(3949
Kassierer
heute abend 7½ Uhr
im Bureau, Hundestr.
Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Ausschneiden!
Sportklub Hansa v. 1888
General-Versammlung
am Sonnabend, 14. Juli.
Wiederbeginn d. Übungen am 3. August. (3950

Volkslieder - Konzert
des Schwarzmeierschen Kinderchors aus Berlin
am Dienstag u. Mittwoch abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Eintritt 3000 Mt., Schüler die Hälfte. (3946

Lübeck — Burgfeld
Circus Corty-Althoff
Täglich 7½ Uhr:
Das Klasse-Programm
24 Nummern **24**
3938 ohne Pause.
Vorverk. **Rud. Karstadt** sowie 11—1 und ab 5 Uhr an der Circuskasse.

Hansa-Theater.
Heute Dienstag und morgen Mittwoch 8 Uhr:
Auf vielseitigen Wunsch
Alt-Heidelberg.
Karl-Heinz —
3923) **Emil v. Dollen.**
Donnerstag 8 Uhr:
„Im weißen Rößl".
Rechtsanwalt Siedler — **Emil von Dollen.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 10. Juli 1923. Nummer 158.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 10. Juli.

An die Arbeiter!

Was schafft dir deinen Schmerz, Prolet? —
— Daß du dich ganz, mit Leib und Leben,
dem Werk, der Arbeit, hingegeben,
die du mit deiner Seele nähest —
— und daß nichts vor dir darin aufersteht:
Das schafft dir deinen Schmerz, Prolet!

Daß Brücke, Haus und Garn und Tuch
dein Blut trank und der Seele Schmerzen,
das prangt nun hell im Licht von tausend Kerzen! —
— Und daß man stolz daran vorübergeht:
Das ist dein und der Menschheit Fluch, Prolet!

Und daß die Herrscher unserer Welt
nach Macht und Gold aus unserem Schaffen hasten,
kristallisiert aus unserm Blut;
wir wissen: Haus und Brot sind gut.
Doch hat der Lohn, das blanke Geld,
noch nicht den Fluch davon gewaschen.

So reck' dich auf! Sei stark und groß, Prolet!
Und schau: in Brücken, Häusern und Maschinen,
da kreist dein Blut, der Welt zu dienen.
Du hältst in deinen harten Händen
das Weltgeschenk: dich selbst, zu spenden. —
— Wenn einst die Welt dich und dein Tun versteht,
bist du erlöst. Es kommt dein Tag, Prolet!

(Für Max Barthel von Heinrich Lersch.)

Die Bürgerschaft

machte am Montag ziemlich rasche Arbeit, obwohl die Kommunisten gleich zu Beginn große Reden hielten, die sie zwar nichts kosten, die aber doch zeigten, daß sie Reklame zu machen verstehen. Im Ausgeben sind die Herren immer großzügig, kleinlich oder besser aber rückständig, wenn es sich darum handelt, den Untergrund für die Ausgabeposten zu legen. Daß die Kommunisten hier die Bürgerlichen von ihren Lasten entbinden, beschwert kommunistische Gewissen wenig. Sie reiten auf Eselsbrücken herum, auf denen sie beim ersten Versuch einer Belastungsprobe eiend zusammenbrechen würden. Faule Ausreden gebrauchten sie bei der Gewerbesteuer, und mit dem gleichen Artikel hausierten sie auch gestern wieder bei der Erhöhung der Schankgewerbesteuer, obwohl einer ihrer Vertreter betonte, daß derjenige der größte Patriot sei, der am meisten saufe — ergo usw. Unsere Fraktionsredner, die Genossen Haut und Steinberg, entblätterten das falsche Kartenspiel der Nickel, Heilborn und Klann und sagten den Unentwegten zum so und so vielten Male, warum wir als kleiner Stadtstaat die Opfer kapitalistischer Wirtschaft so kärglich mit Unterstützungen bedenken müssen. Wo etwas zu holen ist oder zu holen gewesen wäre, da versagten die Kommunisten jedesmal. Daß sie dabei gerade mit den Deutschnationalen eines Sinnes sind, ist eine altbekannte Tatsache, die ihnen von unseren Rednern aufs neue unter die Nase gerieben wurde.

Zu ausgedehnten Debatten bot die gestrige Tagesordnung sonst kaum Anlaß. Erwähnenswert wäre noch die Mitteilung des Genossen Ad. Löwigt, daß die Finanzbehörde für Parzellen von 1000 Quadratmeter 80 Pfund Roggen als Pacht fordert, was heute einer Pachtsumme von 200 000 Mk. gleichkommt. Der Redner forderte vom Senat Auskunft, wie es mit dieser Pachtpreisberechnung auf unsern städtischen Gütern stehe. Es wäre sicherlich interessant, auch hier einmal zu sehen, was die Herren Großpächter dem Staate bezahlen. Im Fett schwimmen sie sicher.

In 14 Tagen soll der Haushaltsplan beraten werden und dann wird der August die Ferienpause für das Parlament bringen.

Eine Stenographentagung der Bünde „Nordmark" und „Lübeck-Mecklenburg" (Stolze-Schrey) wurde Sonnabend und Sonntag hier unter zahlreicher Beteiligung abgehalten. Am Sonntag fand in der Ernestinenschule und im Lehrerseminar ein Wettschreiben statt. Es beteiligten sich daran von „Nordmark" 413 und von „Lübeck-Mecklenburg" 305 Mitglieder. Abgeliefert wurden im ganzen von „Nordmark" 577 Arbeiten, von „Lübeck-Mecklenburg" 347 Arbeiten, von denen 389 bezw. 222 preiswert befunden wurden.

Der Bund „Lübeck-Mecklenburg" hielt morgens 8 Uhr in der Aula des Lehrerseminars seine 29. Jahreshauptversammlung ab. Aus dem von dem Bundesschriftführer Flemming-Rostock erstatteten Jahresbericht ist hervorzuheben, daß im gesamten Bundesgebiet reges Leben herrscht. Es gehören dem Bunde „Lübeck-Mecklenburg" 21 Vereine mit 2587 Mitgliedern an. An Bundesbeitrag wurde der fünffache Betrag des Verbandsbeitrages, 100 Mk. monatlich festgesetzt. Der Bundesvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Den Prüfungsausschuß stellt unter Vorsitz von Reese der Verein von 1892 zu Schwerin. Zu Verbandsvertretern wurden gewählt die Herren Zander-Rostock, Schnoor-Schwerin, Kasbohm-Güstrow, Roth-Neubrandenburg und Brauns und Niemann-Lübeck. Als Ort der nächstjährigen Bundesversammlung wurde Neubrandenburg bestimmt.

Mittags 12½ Uhr fand eine öffentliche Festsitzung in der Aula der Ernestinenschule statt. Nach den Begrüßungsansprachen referierte Frey-Karlsruhe über „Die deutsche Kurzschrift, ein deutsches Volksgut", wobei er insbesondere Vergleiche mit dem Gabelsberger System anstellte und die Vorzüge der Stolze-Schreyschen Kurzschrift betonte. Soll die Kurzschrift in jeder Beziehung ihre Aufgabe erfüllen, nämlich eine Verbesserung der Kulturmittel herbeiführen, so sei unbedingt nötig, daß im deutschen Vaterland eine einheitliche Kurzschrift besteht. Ob diese zur Tatsache werde, lasse sich nicht sagen, denn die Gabelsbergersche Schrift erfreue sich in den süddeutschen Staaten einer starken Anerkennung. Aber die Jünger der Kurzschrift Stolze-Schrey hätten durchaus recht, wenn sie mit Stolz auf ihr System blickten, denn der Fortschritt, den es gegenüber den älteren Systemen, insbesondere dem System Gabelsberger darstelle, sei erheblich. (Im lübschen Staat ist bekanntlich das System Stolze-Schrey amtlich eingeführt.)

Die neuen 500 000-Mark-Scheine. In den nächsten Tagen werden, wie schon bekannt gegeben, Reichsbanknoten zu 500 000 Mark in den Verkehr gebracht. Die Noten sind 95×170 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt. Auf der Vorderseite befindet sich rechts ein 40 Millimeter breiter, nur mit einem einfachen geraden Linienmuster belegter Schmuckrand, der bei der Durchsicht das von den Banknoten zu 500 Mark her bekannte Wasserzeichen (dunkel und hell umrandete Kordel mit der Zahl 500 und dem Buchstaben M) zeigt. Das Druckbild der Vorderseite wird von einem grünlichen Zierrand eingefaßt. Die Mitte des netzartigen, braunrot und grünen Unterdrucks zeigt ein mehrfarbiges, reichverarbeitetes Linienmuster in eirander Form, das an den Seiten zwei einander zugekehrte männliche Kopfbildnisse in graugrüner Farbe umschließt. Unter den Köpfen befinden sich in gleicher Farbe die von einem verzerrten Linienmuster umgebenen Kontrollstempel mit der Inschrift „Reichsbankdirektorium". Die in grünschwarzem Druck hergestellte Aufschrift lautet: Reichsbanknote, Fünfhunderttausend Mark usw. Auf der Rückseite befindet sich links eine 40 Millimeter breite, unbedruckte Fläche mit blauer Stoffauflage und purpurroten Fasern. Das von einem schmalen Zierrand eingefaßte Druckbild zeigt in einem graugrünen nach außen in rotbraunen Strahlen verlaufenden, netzartigen Irisgrunde den Reichsadler in den Farben gelbbraun bis dunkelolivgrün spielend. Oben und unten in der Mitte steht die rotbraune Reihenbezeichnung und Nummer. Dazwischen in grünschwarzem Druck die Aufschrift. — Es werden demnächst vier weitere Serien der Reichsbanknote zu 20 000 Mark vom 20. Februar 1923 ausgegeben.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** Die Frau mit den Millionen. Ein Abenteuerfilm, der erste Schauspielkräfte wie Eduard v. Winterstein, Georg Alexander, Adolf Klein, Hermann Picha durch halb Europa schleppte. Ellen Richter als Hauptdarstellerin sieht sehr gut aus, spielt hübsch und hat in allen Situationen Geist und Charme. Ueber die Handlung zu berichten, ist nicht nötig. Die Handlung ist unsagbar albern und hat recht leblose Sensationsromantik aufzuweisen. Dafür sind aber die Bilder aus Paris, Nisch, Valona, Antivari und vom Gardasee wunderschön aufgenommen. Die Pariser sind allerdings meist aus Berlin. Drei Teile hat dieser Film. In drei Wochen haben die Lübecker Filmbesucher Gelegenheit sich die hübsche Ellen Richter anzusehen. Der Film wird sicher viel Geld gekostet haben. Der zweite Hauptfilm „Die Sonne von St. Moritz" ist nach dem gleichnamigen Ullsteinroman von Paul Oskar Höcker bearbeitet. Er spielt in den Kreisen, die über sehr viel Geld verfügen. Ein bißchen Liebe, ein bißchen Tändelei, ein bißchen geheuchelter Humor, und ein bißchen Mord ist auch dabei. Das Schönste davon aber sind die prachtvollen Wintersportaufnahmen und Landschaftsbilder vom Engadin. St. Moritz und Pontresina werden auch dem Proletarierauge sichtbar, der dahin zu reisen sich für alle Zeiten versagen muß. Man sieht ordentlich den Duft der Schneewelt und die wohltuende Wirkung des Eislaufes und Skisports. Der Rauhreifzauber des Bergwaldes wechselt mit dem im rasenden Tallauf aufgewirbelten Pulverschnee in vollendetster Schönheit, und Wolkenaufnahmen sind dabei, von kaum zu übertreffender Vollkommenheit. Das lohnt den Besuch.

Lübecks Seeschiffahrtsverkehr im Juni.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes sind 180 Dampfer mit 43 414 Reg.-Tons, 47 Segler mit 3349 und 12 Seeleichter mit 6691 Reg.-Tons, zusammen 239 Handelsschiffe mit 53 454 Reg.-Tons angekommen und 184 Dampfer mit 40 722 Reg.-Tons, 58 Segler mit 5374 und 12 Seeleichter mit 6699 Reg.-Tons, zusammen 254 Schiffe mit 52 795 Reg.-Tons abgegangen. Der Gesamtverkehr belief sich also auf 493 zu Handelszwecken ein- und auslaufende Schiffe, die einen Netto-Raumgehalt von 106 249 Reg.-Tons hatten. Im Vormonat waren es 477 mit 91 183 und im Juni v. J. 502 mit 98 835. Das ist also gegenüber dem Mai eine Zunahme von 16 Schiffen und 15 066 Reg.-Tons. Beladen waren einkommend 230 Schiffe mit 37 173 Reg.-Tons und ausgehend 119 mit 40 081. Dem Raumgehalt nach hatten somit 69,5 (Mai 61,2) v. H. der angekommenen und 75,9 (66,9) v. H. der ausgehenden Schiffe Ladung. Unter deutscher Flagge fuhren 235 und unter fremder 258 Schiffe, darunter 152 schwedische, 58 dänische, 24 finnische, 10 niederländische und 6 Danziger. Von den ein- und ausgehenden Schiffen standen 75 mit 9510 Reg.-Tons im Verkehr mit deutschen Küstenplätzen, 58 mit 21 490 Reg.-Tons verkehrten mit Finnland, 166 mit 43 055 mit Schweden, 13 mit 3594 mit Norwegen, 162 mit 16 025 mit Dänemark, 8 mit 9067 mit England, 7 mit 1960 mit dem Baltikum und je 2 mit 897 bezw. 865 mit Memel und Danzig. Der Güterumschlag betrug in der Einfuhr 45 513 (34 816) und in der Ausfuhr 37 678 (37 459) insgesamt also 83 191 gegen 72 275 im Vormonat. Besonders lebhaft war die Zufuhr englischer Kohle (20 721 Tonnen) und Koks aus Schweden (10 487 Tonnen). Ferner wurden 9961 Tonnen Erze, 1506 Tonnen Holz und 677 Tonnen Kreide angebracht. Zur Ausfuhr kamen neben Stückgütern hauptsächlich wieder Salz (12 137 Tonnen), Gipssteine (5274 Tonnen), Düngemittel (2364 Tonnen) und Ton (1815 Tonnen). Von dem gesamten Gütertausch entfielen vier Zehntel (34 642 Tonnen) auf den Verkehr mit Schweden, ein Viertel (20 721 Tonnen) auf den Verkehr mit England und ein Sechstel (13 504 Tonnen) auf den Verkehr mit Finnland.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 9. Juli.

Wortführer: G. Ehlers. Beginn: 6,20 Uhr.

Unter den vom Wortführer verlesenen Mitteilungen befindet sich ein Schreiben der Gemeinde- und Staatsarbeiter an den Senat über die Ruhelohnkasse. — Klann (Komm.) stellt zu dem Bericht über den Eingabenausschuß verschiedene Forderungen für die Erwerbslosen. Er beantragt, Ueberweisung an den Senat. — Haut (Soz.) bezeichnet die Not der Erwerbslosen als überaus groß. Das Reich habe aber allgemeingültige Bestimmungen erlassen; das wird uns jedoch nicht hindern, trotzdem einen abweichenden Standpunkt zugunsten der Erwerbslosen einzunehmen. Leichter sei es allerdings, Forderungen, wie sie Klann stellte, zu verfechten. Aber wenn wir die Forderungen der Kommunisten erfüllen wollen, müssen auch die Geldmittel bewilligt werden. Und wo diese hergeholt werden könnten, da stimmen gerade die Kommunisten dagegen. Der Redner erinnert nur an die Gewerbesteuer, die die Kommunisten glatt ablehnten, obwohl dadurch Gelegenheit gegeben wäre, verschiedene Wünsche der Erwerbslosen zu erfüllen. Nun haben wir eine Gewerbesteuer, deren Ertrag sehr faul ist und kaum die Mühe der Erhebung lohnt. Hätten die Kommunisten praktische Politik getrieben, dann hätten wir statt 100 Millionen Neueinnahmen etwa 30 Milliarden. Die Kommunisten müssen ihre Stellungnahme zu der Finanzfrage umstellen, wenn sie für die Erwerbslosen mehr tun wollen als bisher möglich war. — Nickel (Komm.) polemisiert gegen die Ausführungen Hauts. Für die Erwerbslosen sei nie Geld vorhanden. Die Kommunisten seien gegen die Gewerbesteuer, weil sie ihren Forderungen nicht entspreche. Man werfe hier für andere Zwecke, z. B. für 500 Sipobeamte, unnütz Geld hinaus. — Die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt, der Beschluß des Eingabenausschusses angenommen.

Senator Löwigt macht Ausführungen über die neuen Bezüge der Beamten.

Zum Bericht des in der Versammlung vom 28. Juli 1922 eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der gesamten Ausgaben für Heizung bemängelt Dr. Gebhardt (DN.) die ungenügende Klärung der ganzen Angelegenheit. Der Redner beantragt Zurückverweisung des Berichtes an den Ausschuß. — Frl. Koltze (DN.) weist auf die in den letzten Jahren ungenügend geheizten Klassenräume hin. — Steinberg (Soz.) bezeichnet die Kritik Dr. Gebhardts über den Ausschußbericht als ungerecht. Der Ausschuß habe alles reiflich geprüft und danach getrachtet, die Ausgaben einzuschränken. Es sei richtig, daß einzelne Klassenräume ungenügend geheizt gewesen seien, aber da hätten sich die Lehrer selbst mehr darum kümmern müssen. — Der Antrag Dr. Gebhardts wird abgelehnt.

Den Bericht des am 12. April d. J. eingesetzten Ausschusses zur Prüfung des Herbergswesens gibt Fritz Möller (Soz.). Er fordert bessere Instandsetzung der Herberge zur Heimat. Die Schlafräume reichten für den großen Andrang nicht aus. Die Kommission fordere auch höhere Preise für Leute, die in Arbeit stehen und die Herberge in Anspruch nehmen. Eine Verstaatlichung der Herberge würde zu große Mittel erfordern.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zu Punkt 1 der Eingabe des Lübecker Hebammenvereins, beim Senate die Aufhebung der getroffenen Wahl eines neuen Hebammenlehrers zu erwirken. — Reisberger (Soz.) ersucht, die Anträge des Ausschusses anzunehmen. Diese besagen, daß die Eingabe sachlich für erledigt erklärt werde, und daß in Zukunft die Gesundheitsbehörde Vertreter der Berufsgruppen hört.

Ein Antrag von Dr. Gebhardt und Gehle ersucht den Senat, der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen, nach der einem Dienstwohnungsinhaber oder seinen pensionsberechtigten Hinterbliebenen bei seinem unverschuldeten Ausscheiden aus dem Dienst die durch den Wohnungswechsel innerhalb des lübeckischen Staatsgebietes entstehenden Umzugskosten für den Fall ersetzt werden, daß er beim Antritt seines Amtes verpflichtet worden ist, die Dienstwohnung im Interesse des Dienstes zu beziehen. Für den Fall des Wegzuges nach außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes hat das Vorstehende entsprechende Anwendung zu finden. — Der Antrag wird angenommen.

Der Wortführer gibt bekannt, daß der Haushaltsplan wahrscheinlich in 14 Tagen in der Bürgerschaft verhandelt werde.

Nachtrag zur Friedhofs- und Bestattungsordnung vom 30. Juni 1915. — Heilborn (Komm.) hält die Vorlage für unsittlich und kündigt einen Gesetzentwurf an, wonach die Bestattungskosten vom Staate übernommen werden. Seine Fraktion werde auch dabei zeigen, woher die Steuern hierzu genommen werden sollen. — Schulmerich (Arbg.) bezweifelt, daß der Zweck der Friedhofsbehörde durch die Senatsvorlage erreicht wird. — Nickel (Komm.) glaubt, es werde von der Friedhofsbehörde mitunter zu kleinlich gehandelt. — Ewers (DN.) unterstreicht das eben Gesagte. — Die Senatsvorlage wird mit einem Verbesserungsantrag von Schulmerich angenommen. Sie bedarf der 2. Lesung.

Voranschlag der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für 1923. — Casbohm (Soz.) bemängelt, daß man hier nicht nach einem Wertmesser gesucht habe, der die Spannungen ausgleiche. Man müsse auch hier die Grundsteuer erhöhen und nach Kornpreisen berechnen. Der Senat müsse dahin streben, daß die Grundwertsteuer von der Gewerbesteuer getrennt werde. — Nickel (Komm.) fordert Uebernahme der Anstalten auf den Staat. Er beschwert sich über unangemessene Behandlung seiner Fraktionskollegin Greve durch die Vorsteherschaft des Heiligen-Geist-Hospitals und fordert Beseitigung der schablonenhaften Tracht der Waisenkinder. — Frau Greve (Komm.) beschwert sich ebenfalls über das mangelnde Entgegenkommen durch den Direktor und kritisiert die ungenügende Hilfe für die alten Leute. Das Kochen im Stift werde sehr unrationell gehandhabt. — Senator Bromme erklärt, die Vorsteherschaft des Waisenhauses stehe auf dem Standpunkt, daß die Haartracht aus hygienischen Gründen bestehen bleiben soll. Die Kleider müßten erst aufgetragen werden. — Senator Löwigt: Es ist ausgeschlossen, daß die privaten Stiftungen allen Ansprüchen genügen könnten. Die jetzt gewährte Hilfe wird gern in Anspruch genommen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Austausch von Landflächen in den Gemarkungen Moisling und Oberbüssau. — Ad. Löwigt (Soz.) beschwert sich darüber, daß die Finanzbehörde für 1000 Quadratmeter Gartenland 80 Pfund Roggen fordere. Das mache 200 000 Mark aus. Der Redner ist selbstverständlich der Ansicht, daß eine Aenderung der Pachtverhältnisse eintreten müsse. Aber da solle man erst einmal bei den städtischen Gütern anfangen. Er wünsche einmal eine genaue Aufklärung hierüber vom Senat. — Der Wortführer erklärt, das könne bei der Beratung des Haushaltsplanes geschehen.

Aenderung des Pfandleihgesetzes. — Die Vorlage wird auf Antrag von Frau Greve (Komm.) an einen Ausschuß überwiesen.

Ueberweisung der ehemaligen Armenländereien in Moorgarten an die Gemeinde Moorgarten. — Dr. Gebhardt wendet sich gegen Veräußerung von Staatsländereien und lehnt die Vorlage deshalb ab. — Senator Friedrich betont, man könne der Gemeinde nach deren Selbständigwerden die Ländereien nicht vorenthalten, die früher zu der Gemeinde Moorgarten gehört hätten. — Im gleichen Sinne äußert sich Heuer (Soz.). — Meyer (Soz.) erklärt, die Befürchtungen, daß die Gemeinde Moorgarten jemals die Ländereien verkaufen könnte, seien ausgeschlossen. — Die Vorlage wird angenommen.

Erhöhung der Schankgewerbesteuer. — Steinberg (Soz.) betont, die Steuer bringe bei der heutigen Geldentwertung nicht genügend ein. Dem Staat fehle es überall an Geld. Die Steuer müsse erhöht werden. Seine Fraktion fordere eine Verdreifachung der Sätze, also eine Erhöhung auf 60 000 bis 1,5 Millionen. Das Wirtsgewerbe sei allerdings mit Steuern reichlich bedacht. Um aber nicht ungerecht zu handeln, müsse die Vorlage von einem Ausschusse einer Nachprüfung unterzogen werden. Reine Vergnügungslokale könnten die Steuer besser tragen als einfache Wirtschaften und Speisehäuser. — Heilborn (Komm.) lehnt die Vorlage ab und fordert Erfassung der Sachwerte. Der Redner leugnet, daß die Kommunisten bei der Gewerbesteuer auf seiten des Bürgertums stehen; nicht aber gehe die Sozialdemokratie bei vielen Steuern mit diesem konform. — Brandt (DN.) hält die Sätze der Schankgewerbesteuer auch für zu niedrig, kann aber dem Vorschlag Steinbergs nicht folgen. Es müsse eine Grundlage gesucht werden, um die Geldentwertung zu fassen. Er beantrage Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltungsausschuß. — Steinberg (Soz.): Der einzelne soll natürlich vor ungerechter Besteuerung geschützt werden. Herrn Heilborn erwidere er, daß die Kommunisten für die Erwerbslosen stets Forderungen stellten, aber keine Mittel bewilligten. Wenn die Sozialdemokratie Steuern bewilligt habe, für die sie früher auch wenig Sympathie hegte, so tue sie es nur, um dem Staate das Notwendige zu geben, damit er seinen Verpflichtungen nachkommen könne. Wir fordern natürlich, daß die Kapitalisten erst recht ihren Anteil zahlen und daß sie sich nicht mit Hilfe der Kommunisten drücken können. Es ist ja bezeichnend, daß die Kommunisten wie die Deutschnationalen gegen die Lohnsteuer sind. Besser wäre es, die Kom-

munisten würden mit uns für die Wertbeständigkeit des Lohnes kämpfen. Lübeck ist gar nicht in der Lage, die Erfassung der Sachwerte durchzuführen. Wir müssen deshalb suchen, Geld zu bekommen, wo es möglich ist. — Der Antrag Brandt wird abgelehnt, derjenige Steinbergs auf Verdreifachung der Sätze angenommen. Ebenfalls angenommen wird der Antrag Steinbergs, die Vorlage dem Haushaltsausschuß zur weiteren Nachprüfung zu überweisen.

Erlaß eines sechsten Nachtrages zum Gesetz über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten vom 24. März 1920. — Emers (DV.) hält die Gebühren für viel zu gering und stellt entsprechende Abänderungen. Danach sollen die Gebühren nach einem bestimmten Verhältnis der Pachtgebühren (5fache Gebühr für einen Fernbrief bis zu 20 Gramm) variabel gestaltet werden. — Staatsrat Dr. Lange weist den Vorwurf ungenügenden Verständnisses gegenüber Anwälten und Notaren zurück. Ein gleitender Maßstab für Gebühren nach dem Vorschlage des Herrn Emers sei ein Nomim, dessen Auswirkung noch unsicher. — Emers (DV.) hält das Gesetz nicht der Druckkosten wert. — Die Vorlage wird mit der Abänderung Emers angenommen.

Fortdauer der Gültigkeit von Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen und Verträgen, die die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie die Straßenbahn betreffen. — Emers (DV.) wendet sich dagegen, daß den städtischen Betrieben Generalvollmacht für Vertragskontrahenten erteilt wird. — Senator Löwigt ersucht dem Staate resp. dem Generaldirektor die notwendige Ellenbogenfreiheit zu lassen. — Haut (Soz.) ersucht um Annahme der Vorlage. Die Erteilung der Generalvollmacht sei eine Notwendigkeit. — Emers (DV.) beantragt, Ziffer 1 anzunehmen, Ziffer 2 aber einem Ausschuß zu überweisen. — Senator Löwigt: Die Verwaltung öffentlichen Rechts muß in der Lage sein, Verträge mit Privatpersonen abzuschließen, nachdem alles übrige ihr zugestanden ist. — Klein (Dem.) hält die rechtlichen Bedenken von Emers für richtig und ersucht, dem Antrage von Emers zu entsprechen. — Die Senatsvorlage wird unverändert angenommen.

Schaffung einer weiteren Studienratsstelle an der Oberrealschule zum Dom. — Gehle (DN.) stellt den Antrag, daß eine neu freiwerdende Studienratsstelle unbesetzt bleibe. — Die Senatsvorlage wird mit diesem Zusatz angenommen.

Ein Antrag von Frau Greve, bei der Reichsregierung um Aufhebung der § 218/19 des Strafgesetzbuches einzutreten, wird angenommen. Ebenso ein Antrag, daß alle in Lübeck wegen Vergehens gegen diese Paragraphen Bestraften oder Angeklagten zu amnestieren, wird angenommen. — Haut (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Zustimmung zu diesem Antrage nicht binde.

Ohne Debatte wurden folgende Senatsanträge angenommen:

Bau von Brunnen an der Gärtnergasse. — Erlaß einer vorläufigen Ausführungsbestimmung zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922. — Verkauf einer Landfläche an das Drägerwerk. — Erlaß eines neunten Nachtrages zum Ausführungsgesetz zum freiwilligen Gerichtsbarkeitsgesetz vom 18. September 1899. — Beamtenunterstützungskasse. — Erlaß eines sechsten Nachtrages zu dem Gesetz vom 28. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend. — Herrichtung einer Dienstwohnung für eine Schulwärterin im Gebäude der ehemaligen Jenischschen Freischule.

Schluß 9 Uhr.

Schwurgericht.

Am Abend des 6. Juni wurde der Schirmmacher M., wie die hiesigen Zeitungen berichteten, in der Nähe der Mengstraße überfallen, blutig geschlagen und seiner Barschaft beraubt. Die Täter hatten sich nun vor dem Schwurgericht wegen Raubes zu verantworten. Die Hauptverhandlung ergibt folgenden Tatbestand. An dem betreffenden Abend hat der erste Angeklagte, der Arbeiter K. von hier in einer hiesigen Wirtschaft mit dem Schirmmacher M. Streit bekommen. Dabei wurde dem K. der Rock zerrissen, weshalb er von M. 5000 Mk. als Schadenersatz verlangte. M. lehnte das ab und verließ die Wirtschaft, wobei ihm K. mit dem zweiten Angeklagten Sch. folgte. Letzterer entschlossen, seinem Kumpan zu dem geforderten Schadenersatz zu verhelfen. Um die beiden loszuwerden, suchte der Schirmmacher eine andere Wirtschaft auf, vor der K. und Sch. ihn aber erwarteten. Hier gesellte sich zu den beiden der dritte Angeklagte P. Als M. die Wirtschaft verließ, forderte der Angeklagte wieder die 5000 Mk. von ihm. M. lehnte dieses Ansinnen abermals ab, worauf er niedergeschlagen und von den Angeklagten verprügelt wurde. Dabei hat Sch. mit dem eisernen Teil eines Hammers auf den M. eingeschlagen. Nacheinander haben dann die Angeklagten von ihrem Opfer abgelassen, nachdem, wie ein Augenzeuge bekundet, einer der Angeklagten gerufen hat, er habe das Geld. Der Angeklagte Sch. gibt auch zu, von dem dritten Angeklagten P. erfahren zu haben, daß dieser dem M. das Notizbuch nebst Geld abgenommen habe. Er hat auch 1200 Mk. von diesem Gelde für sich selbst und weitere 1200 Mk. für den K. erhalten, doch hat er diesem das Geld nicht gegeben, vielmehr in der ersten Wirtschaft, zu der die drei zurückkehrten, ein Bier für den K. bezahlt. Sch. hat sich weiter das Notizbuch des Ueberfallenen ausgebeten, dieses aber, als er am nächsten Tage verhaftet wurde, vernichtet. P. bestreitet, dem M. etwas abgenommen zu haben. Der nicht erschienene Hauptzeuge M. hat früher ausgesagt, daß man ihm rd. 25 000 Mk. abgenommen habe. Nach längerer Beratung verneinen die Geschworenen die Hauptfrage wegen gemeinschaftlichen Raubes, erkennen aber alle drei Angeklagte schuldig der schweren Körperverletzung und des Diebstahls, wobei sie bei K. und Sch., was die Körperverletzung anbetrifft, mildernde Umstände gelten lassen. K. wird darauf wegen der beiden Vergehen zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten, Sch. zu 9 Monaten und P. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Den beiden ersten Angeklagten wird die Untersuchungshaft von einem Monat auf die Strafe angerechnet. Weiter wird dem K. nach Verbüßung von (mit der Untersuchungshaft) 5 Monaten Gefängnis Strafaufschub für den Rest der Strafe bewilligt. Den andern, bereits vorbestraften Angeklagten wird der beantragte Strafaufschub verweigert. Um 5 Uhr werden die Verhandlungen auf Freitag, den 13. vertagt.

pr. **Großzügige Zechpreller.** Von einer großen Unverfrorenheit zeugt das Benehmen eines Handlungsgehilfen aus Güstrow und eines Arbeiters aus Kolditzen, die zusammen mit einer Arbeiterin aus Sommerfeld eine hiesige Gastwirtschaft aufgesucht hatten, und dort eine Zeche von 234 050 Mark machten, ohne in der Lage zu sein, auch nur einen Pfennig davon bezahlen zu können. Die dreiste Gesellschaft wurde festgenommen.

pr. **Festgenommen** wurde ein Dienstmädchen aus Segeberg, das seiner in der Marlesgrube wohnhaften Herrschaft einen größeren Geldbetrag gestohlen hatte. — Sich selbst stellte ein Bureaudiener, der seinem früheren in Prießendorf wohnhaften Dienstherrn 200 000 Mark unterschlagen und verbraucht hatte.

pr. **Diebstähle.** Einem in der Jürgen-Wullenwever-Straße wohnhaften Kaufmann ist sein in der Wakenitz liegendes hellelchenes Ruderboot abhandengekommen. — Aus einem Eisenbahnwaggon innerhalb der Sedergrube wurden, nachdem der Verschluß aufgebrochen war, 1 Sack Roggen gestohlen. — In der Hüxstraße wurde ein Fahrrad gestohlen. — Einem in der Schwartauer Straße wohnhaften Arbeiter sind zwei Anzüge, ein Oberhemd, 2 Paar Hosenträger, ein Band Schiller, eine Taschenuhr, eine Lederhandtasche und 3000 Mark bares Geld gestohlen worden.

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 24½ Grad, die Luftwärme 24 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Volksliederkonzert des Schwarzmeierschen Kinderchors aus Berlin. Heute und morgen abend um 7½ Uhr veranstaltet der Schwarzmeiersche Kinderchor (70 Mädchen und 55 Knaben) aus Berlin im Gewerkschaftshause, Johannisstraße, zwei Volksliederabende.

Sozialdemokratischer Verein Vorwerk. Mittwoch, den 11. Juli, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Meins.

Sozialdemokratischer Verein Kücknitz. Mittwoch, den 11. Juli, abends 6½ Uhr, bei Dieckelmann Mitgliederversammlung. Vortrag über Wirtschaftsfragen. Redner Genosse Steinberg.

Sozialdemokratischer Verein Schlutup. Mittwoch, den 11. Juli, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Saborowski. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Erscheinen Pflicht. Der Vorstand.

Achtung, Jungsozialisten! Wie uns vom Reichsausschuß der Jungsozialisten mitgeteilt wird, sind die Kosten für die Erlanger Arbeitswoche etwas erhöht worden, und zwar beträgt die Teilnehmergebühr jetzt 10 000 Mark, die Festkarte 1000 Mark und für Wohnung (mit Morgenkaffee) 5000 Mark. Es sind somit noch 10 500 Mark nachzuzahlen. Ueber die Kosten der Verpflegung lassen sich in jetziger Zeit leider keine bestimmte Sätze angeben. Die Nachzahlung muß unverzüglich beim Gen. W. Münstermann, Brandenbaumer Landstraße 191, entrichtet werden.

Hansa-Theater. Dienstag und Mittwoch 8 Uhr: „Alt-Heidelberg". Donnerstag und Freitag 8 Uhr: „Im weißen Rößl".

Angrenzende Gebiete.

Segeberg. Die erste holsteinische Braunkohle gefördert. Aus der Zeche Fahrenkrug I sind am Sonnabend von der Köster u. Co. m. b. H., die die Mutungen bei Segeberg erworben hat, die ersten Braunkohlen zutage gefördert worden.

Eutin. Im Stadtparlament wurde beschlossen, die Wohnungsluxussteuer auf den 500fachen Betrag zu erhöhen, so daß das erste überzählige Zimmer sich jetzt auf 50 000 Mark Steuer stellt, jedes weitere gestaffelt höher. Man will durch diese Steuer möglichst zur Hergabe von Räumen veranlassen, damit die Wohnungsnot gelindert werden kann. Die Steuer ist vierteljährlich im voraus zu entrichten, um einer Geldentwertung vorzubeugen, es dürfte sich um etwa 6½ Mill. Mark handeln. — Den staatlichen Lehranstalten sich anpassend, wird das Schulgeld im Lyzeum wie folgt erhöht: Schülerinnen aus Eutin pro Vierteljahr 15 000 Mk., aus dem Fürstentum 20 000 Mk., aus den Kreisen Plön, Oldenburg und Fehmarn 25 000 und von weiterher 50 000 Mk., es handelt sich um eine 150fache Erhöhung. — Die Viehsteuer wird in zweiter Lesung mit den damals festgesetzten Beträgen angenommen, beantragte höhere Sätze wurden abgelehnt. Die beantragte Pensionsberechtigung für Nachtwächter und Schuldiener fand nicht die genügende Unterstützung. Zum Schluß wurde noch die Frage des Schutzes gegen die wieder zahlreich vorgekommenen Diebstähle von Gartenfrüchten wie besonders Kartoffeln erörtert; man hat Beweise dafür, daß die gestohlenen Kartoffeln vielfach nicht zur eigenen Nahrung benutzt werden, sondern an Händler verkauft werden. Eine amtliche Warnung an die Händler ist bereits erlassen. Zur Verhütung der Diebstähle auf den Gartenparzellen sollen durchgreifende Maßregeln durch Organisation eines Selbstschutzes in die Wege geleitet werden.

Hamburg. Trauriger Abschluß eines Tanzvergnügens. Nach dem Besuche eines Tanzlokales Billbrook ruderten Montag nacht der Produktenhändler Möller, der Arbeiter Heise und die ledige Dora Beßmann durch die Bille in den Bullenhuserkanal. Hier kenterte das Boot und es ertranken Möller und die ledige Beßmann, während Heise sich retten konnte. — Fünf Todesopfer beim Baden an verbotenen Stellen forderte der vergangene Sonntag. So ertrank im Billhoerner Kanal der Barbierlehrling Türk. Etwa 200 Meter von dieser Unfallstelle versank vor den Augen seiner Frau der Schmiedegeselle Elsholz. Der 13jährige Lonja Sladarjolski ertrank Sonntag bei Over a. d. Elbe. In Kaltwasser ertrank der Arbeiter Schoel aus Altona. In der Nähe der Reiherstiegwerft ertrank ein 16jähriger Jüngling aus Harburg. Auch dieser badete an verbotener Stelle und wurde von der Strömung abgetrieben.

Kiel. Arbeiter-Sängerfest. Der Kieler Bezirk des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes veranstaltet am 25. und 26. August ein Bezirks-Sängerfest in Kiel. Am Sonnabend, dem 25. August, findet abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Aufführung von hervorragenden Chorwerken statt. Am Sonntag, dem 26. August, nachmittags 4 Uhr, findet im Garten der Waldwiese ein Gruppensingen statt. Es werden sämtliche Vereine des Bezirks zu größeren Gruppen von 300 bis 400 Sängern zusammengelegt, um unter der Leitung tüchtiger Dirigenten von ihrem Können Zeugnis abzulegen. Die Kieler Sangesgenossen erwarten vor allem eine rege Teilnahme der Arbeitersänger aus der Provinz.

Bremen. Rechtsputschisten bei der Arbeit. Wie die Bremer Volkszeitung berichtet, wurden von der Kriminalpolizei bei dem bekannten ehemaligen Mitgliede der Bürgerschaft, Vorstandsmitglied der Deutschen Volkspartei und der Handelskammer und noch jetzigem Rechnungsführer für die Städtischen Werke, Großkaufmann Ernst Kellner, Waffenkisten beschlagnahmt, die von der Reichswehrkaserne stammen. Sie wurden am letzten Sonnabend per Lastauto von dort nach dem am Wegesende belegenen Magazin des Herrn Kellner gebracht und von jugendlichen Rechtsputschisten abgeladen. Herr Kellner, einer der gefährlichsten Finanzierer der faszistischen Organisationen, begnügt sich also nicht damit, Millionen seiner leicht verdienten Kriegs- und Valutagewinne zur Organisierung des Bürgerkrieges zur Verfügung zu stellen, sondern er bemüht sich noch um die Bewaffnung der Putschisten. Und dieser Mann ist eines der einflußreichsten Mitglieder der Stinnes-Stresemann-Partei, sitzt sogar im Vorstand dieser „regierungstreuen" Partei, die angeblich auf dem Boden der Verfassung steht. Die Entdeckung gelang der Initiative des sozialdemokratischen Parteibureaus und der einwandfreien Mitwirkung der Kriminalpolizei. Welcher Bestimmung die Waffen- und Munitionsbestände des Kellnerschen Lagers zugeführt werden sollen, wird klar, wenn man weiß, daß auf den Schießständen der Reichswehr dauernd Schießübungen von Rechtsputschisten stattfinden, wenn man weiß, daß der Admiral Heinrich aus Wilhelmshaven, der Führer der norddeutschen Roßbachgruppe und gleichzeitig Vorsitzender des putschistischen Nationalverbandes deutscher Offiziere im engsten Kreise Besprechungen über die Organisierung des Bürgerkrieges abhält. Mit dieser Waffenbeschlagnahme stehen teilweise Verhaftungen in Verbindung, die in den letzten Tagen vor sich gingen.

Lüneburg. Eine gemeine Unterschlagung. Ein zum Schützenfeste hier anwesender Zirkusbesitzer mußte nach Schluß des Festes plötzlich nach Berlin fahren. Er übergab seinem Gehilfen eine Million Mark, um die Sachen hier zu regeln und die Verladung des Wohnwagens und des Pferdes nach Potsdam zu besorgen. Kaum war der Besitzer abgereist, als der Gehilfe Pferd, Wagen, zwei Fahrräder und einen großen Teil des Inhalts des Wagens verkaufte. Käufer waren teils hiesige Einwohner, teils ein Karussellbesitzer. Mit dem Rest der Sachen reiste der Gehilfe, der 35 Jahre alte Artist Anton Schmitt, in Begleitung eines Mädchens ab und konnte noch nicht wieder gefaßt werden. Im Wagen befanden sich auch etwa 1½ Millionen Mark bares Geld, die Schmitt auch mitgenommen hat. Der Gesamtwert der gestohlenen und unterschlagenen Sachen beträgt rund eine Milliarde Mark. Die hier und an den Karussellbesitzer verkauften Sachen konnten beschlagnahmt und dem Zirkusbesitzer wieder zugestellt werden, mit Ausnahme des Pferdes, das inzwischen geschlachtet und verspeist worden ist.

Varel. Unfall im Zirkus. Im Zirkus Gronen ging bei der Vorstellung ein Schuß des sogenannten Meisterschützen fehl und traf den Clown Launinger, der lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sport.

Vom Gruppenspielausschuß. Die Vereinsspielleiter werden nochmals auf den Meldeschluß für die Serie 1923/24 am 15. Juli aufmerksam gemacht. Nenngeld nicht vergessen. Die Meldung muß enthalten: Anzahl der Mannschaften, Männer und Jugend getrennt angeben, genaue Vereinsanschrift, Spieltracht, Platz, wann steht letzterer zur Verfügung, wann und wo finden die Spielausschuß-Sitzungen und Trainingsstunden statt, besondere Wünsche.

Achtung Spielausschußmitglieder! Außerordentliche Sitzung am Donnerstag, dem 12. Juli, abends 7½ Uhr im Arbeiter-Sportheim. (3927) A. Sternberg, Herrenwyk, Kolonie 196.

Allerlei Wissenswertes.

Deutsche Flieger im nördlichen Eismeer. Die Junkerexpedition, die trotz des Unterbleibens von Amundsens Nordpolflug ihre Reise nach dem Norden zu wissenschaftlichen Zwecken fortgesetzt hat, ist vorige Woche in Spitzbergen eingetroffen und in der Königsbucht an Land gegangen. Nach einer eingegangenen Funkmeldung aus Greenharbour haben bereits wissenschaftliche Probeflüge stattgefunden, die über 300 Kilometer weit zum Eisfjord und in die Gegend der Dicksonbay führten und wertvolle Ergebnisse zeitigten.

Viehmärkte.

Hamburg, 9. Juli.

Von der Ueberwachungskommission festgesetzte Richtpreise:

Schweinemarkt. Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fettschweine über 270 Pfund 2 200 000—2 300 000 Mk., mittelschwere Ware über 225—270 Pfund 2 000 000—2 100 000 Mk., gute leichte Ware von 180—225 Pfund 1 900 000 Mk., geringere Ware 1 700 000 Mk., beste Sauen 2 100 000—2 200 000 Mk., geringere Sauen 1 700 000—2 000 000 Mk. Zufuhr: 2267 Schweine. Der Handel verlief flott.

Achtung Parteigenossen!

Die Gegner des Proletariats rüsten zum

Bürgerkrieg

Ungeheure Mittel stehen diesen Leuten zur Verfügung. Das Kapital und die reaktionäre Presse unterstützen die deutschvölkischen Mörderorganisationen.

Auch wir müssen rüsten!

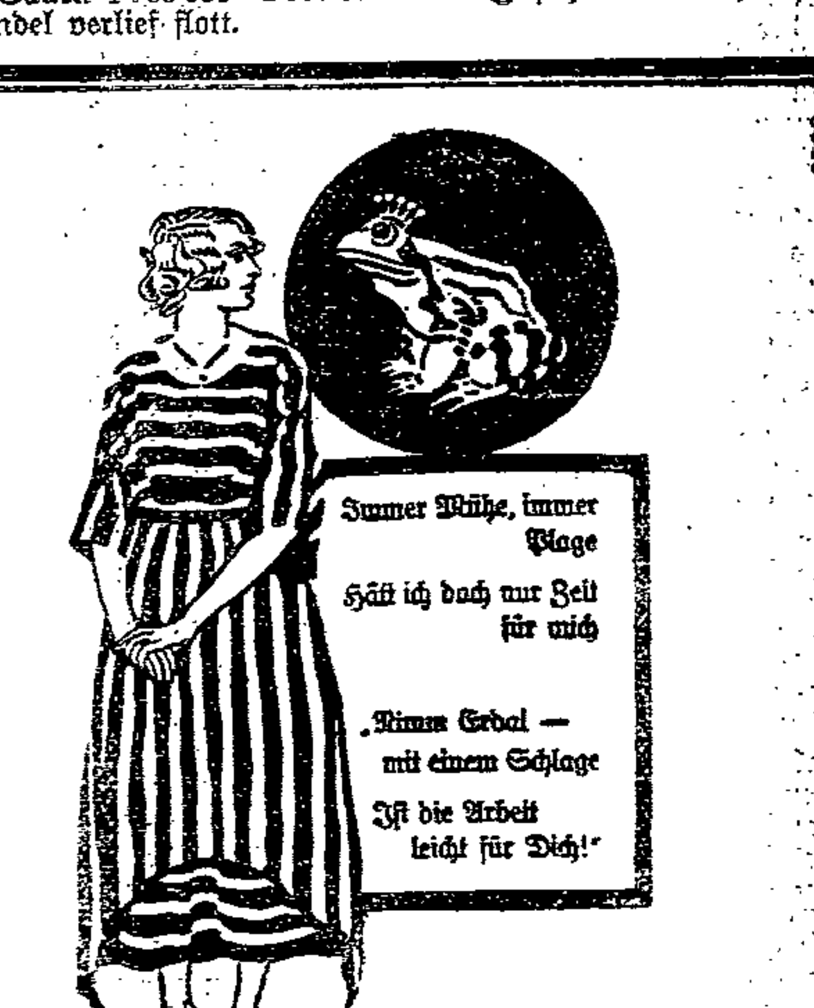
Müssen dafür sorgen, daß Mittel beschafft werden. Darum gebt und sammelt freiwillige Beiträge für den

Kampffonds

Gelder für den Kampffonds werden im Sekretariat Johannisstraße 48, 1. Stock entgegengenommen.

Fernsprecher 2443.

Bankkonto: Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft.



Erdal

Marke Rotfrosch — Schuhpasta

Werner & Mertz A.-G. Mainz